(Beginn der Sitzung: 10:11 Uhr)

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße alle Kolleginnen und Kollegen aus der Landschaftsversammlung ganz herzlich und freue mich, dass unsere Verwaltungsbank vollzählig ist.

Genauso herzlich begrüße ich unsere Gäste aus unserem Schwesterverband, nämlich die Erste Landesrätin und Kämmerin, Frau Birgit Neyer,

(Allgemeiner Beifall)

sowie den 2. stellvertretenden Vorsitzenden der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, Herrn Andreas Suermann. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso herzlich heiße ich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien willkommen, sofern diese anwesend sind.

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 10. Sitzung der 15. Landschaftsversammlung Rheinland wurde mit Schreiben vom 1. Dezember 2023 frist- und ordnungsgemäß eingeladen.

Die Sitzung wurde auf der Internetseite des Landschaftsverbandes Rheinland am 1. Dezember 2023 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Mitglieder unserer Landschaftsversammlung Rheinland sind der Verwaltung bekannt; ihre Namen werden dem Protokoll beigefügt.

Ich benenne für die heutige Sitzung Herrn Lukas Lorenz von der SPD und Herrn Björn Maue von Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Beisitzende, und ich darf die beiden Herren bitten, hier rechts und links neben mir Platz zu nehmen.

Während die beiden Herren hier neben mir Platz nehmen,

(Josef Wörmann, CDU:
Dann wird es ja noch enger!)

weise ich darauf hin, dass die Sitzung fotografisch begleitet wird; der eine oder andere hat Herrn Weiser bereits wahrgenommen. Die Fotos dienen dem LVR auch zu Veröffentlichungszwecken.

Jetzt wird es hier oben wirklich kuschelig, und ich hoffe, dass niemand infiziert ist.

(Frank Boss, CDU: Toi, toi, toi!)

– Toi, toi, toi. Genau. Gestern habe ich gehört, dass man nicht sagen dürfe, dass man an Corona erkrankt sei. Das sei vielmehr eine ganz normale Erkrankung, eine ganz normale Infektion. Man spricht jetzt also nur noch von einer Krankheit.

Die Sitzung wird aus Platzgründen zudem für Zuhörerinnen und Zuhörer in den Sitzungsraum „Niers“ übertragen.

Totengedenken

Wir kommen zum Gedenken an verstorbene Mitglieder der Landschaftsversammlung, und ich möchte Sie bitten, sofern es Ihnen möglich ist, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Wir gedenken der verstorbenen Mitglieder der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Gremien.

Inge Verweyen ist am 9. September 2023 im Alter von 84 Jahren verstorben. Sie war Mitglied der CDU-Fraktion und von 1989 bis 1999 als sachkundige Bürgerin und von 1999 bis 2014 als ordentliches Mitglied für den Kreis Kleve in der Landschaftsversammlung Rheinland tätig. Zwischen 2004 und 2014 engagierte sie sich ferner als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion. Inge Verweyen war zudem Mitglied der Vereinigung ehemaliger und aktiver Mitglieder der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland e. V.

Heinz Küpper ist am 21. September 2023 im Alter von 88 Jahren verstorben. Er war Mitglied der CDU-Fraktion und von 1970 bis 1975 sowie von 1994 bis 2004 für den Rhein-Erft-Kreis bzw. den Kreis Euskirchen Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland. Von 1975 bis 1979 und von 2004 bis 2014 war er zudem als sachkundiger Bürger in den Gremien der Landschaftsversammlung Rheinland tätig. Heinz Küpper war ebenfalls Mitglied in der Vereinigung ehemaliger

und aktiver Mitglieder der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland e. V.

Prof. Dr. Wolfgang Schumacher ist am 29. Oktober 2023 im Alter von 79 Jahren verstorben. Er war von 2010 bis zu seinem Tod als sachkundiger Bürger im Ökologischen Beirat des LVR-Freilichtmuseums Kommern tätig.

Georg Fenninger ist am 27. November 2023 im Alter von 71 Jahren verstorben. Er war Mitglied der CDU-Fraktion und von 2001 bis 2021 für die Stadt Bonn Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, noch eine weitere Person in diesen Kreis aufzunehmen. Wie mir leider erst gestern bekannt wurde, ist Frau **Iris Hofmann-Kastner** am 6. Dezember im Alter von 55 Jahren verstorben. Sie war unsere erfolgreiche Museumsleiterin der Römerthermen in Zülpich. Sie entwickelte das Haus als Teil des kulturellen Netzwerks unseres LVR-Verbundes zu einem profilierten Museum weiter. Sie war eine hoch engagierte Mitarbeiterin und Museumsleiterin.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt die 1. aktualisierte Tagesordnung für die heutige Sitzung vor.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/2101, „Neufassung der Entschädigungssatzung“, TOP 6.1 der heutigen Sitzung, vertagt.

Sind Sie mit der 1. aktualisierten Tagesordnung einschließlich dieser Änderung einverstanden? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann werden wir die Tagesordnung wie vorgeschlagen abarbeiten.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Es stehen keine neuen Verpflichtungen an.

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

Bevor ich zu den einzelnen Umbesetzungsanträgen komme, möchte ich Ihnen folgende Hinweise geben:

Über jeden Umbesetzungsantrag lasse ich in offener Einzelwahl abstimmen. Das bedeutet, dass Sie gesondert für jede einzelne Person eines Umbesetzungsantrages abstimmen können. Somit ist eine abweichende Stimmabgabe zu einzelnen Personen möglich; wir haben das bereits in den letzten Monaten miteinander geprobt.

Erheben sich dagegen Einwände? – Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 3.1:

Antrag Nr. 15/175 DIE LINKE.

Ihnen liegen der Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor.

Gibt es hierzu noch Wortmeldungen? – Nein.

Im **Umweltausschuss** ist Anna Lüttgen bisher sachkundige Bürgerin. **Alban Werner** soll als sachkundiger Bürger neu gesetzt werden. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit einstimmig **gewählt.**

Stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen** ist bisher Helga Hermes als sachkundige Bürgerin. Zukünftig soll es **Anna Lüttgen** als sachkundiger Bürgerin sein. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig **gewählt.**

Im **Ausschuss für Inklusion** ist Helga Hermes als sachkundige Bürgerin bislang stellvertretendes Mitglied. Als Neubesetzung wird **Barbara Kloep** vorgeschlagen, ebenfalls als sachkundige Bürgerin. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig **gewählt.**

Tagesordnungspunkt 4:

Wahl der Landesrätin*des Landesrates des LVR-Dezernates 2 – Finanzmanagement, Kommunalwirtschaft und Europaangelegenheiten

– Vorlage Nr. 15/2073 –

Meine Damen und Herren, die Bewerbungsunterlagen sind allen Mitgliedern der Landschaftsversammlung digital zur Verfügung gestellt worden.

Für die Wahl liegt mir der schriftliche Vorschlag der Fraktionen CDU und SPD vor, Herrn Tilman Hillringhaus zum Landesrat dieses LVR-Dezernates zu wählen.

Herr Hillringhaus ist Ihnen als Bewerber aus den Ihnen zur Verfügung gestellten Bewerbungsunterlagen bekannt.

Ich stelle fest, dass sich Herr Hillringhaus nicht im Sitzungsraum befindet.

Meine Damen und Herren, der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Angelegenheit beraten und bei Enthaltung der Stimmen von AfD und DIE LINKE. als Empfehlung für die Landschaftsversammlung Rheinland einstimmig beschlossen:

> Herr Tilman Hillringhaus wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Landesrat gewählt und erhält gemäß § 4 Abs. 1 Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 4 LBesO NRW zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Ihm wird die Leitung des LVR-Dezernates 2 – Finanzmanagement, Kommunalwirtschaft und Europaangelegenheiten – übertragen. Eine Änderung des Geschäftsbereiches ist möglich.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Diese sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren, wenn niemand widerspricht – so sieht es § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung vor –, werden Wahlen durch offene Abstimmung – sonst geheim durch Abgabe von Stimmzetteln – vollzogen.

Erlauben Sie mir noch folgende Hinweise:

Gewählt ist die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat, wobei Enthaltungen nicht mitgezählt werden.

Zu den gültigen Stimmen gehören auch Nein-Stimmen.

Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit.

Sie haben nur eine Stimme.

Sind dazu Wortmeldungen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Somit kommen wir zur Wahl.

Meine Damen und Herren, sind Sie mit der offenen Abstimmung einverstanden, oder gibt es dazu Gegenpositionen? – Das ist nicht der Fall.

Wer Herrn Tilman Hillringhaus entsprechend der Empfehlung des Landschaftsausschusses zum Landesrat des LVR-Dezernates 2 wählen möchte, wird nun um das Handzeichen gebeten. Ich bitte also um Ihre Ja-Stimme. – Ich sehe die Zustimmung der LINKEN, der Fraktion Die FRAKTION, der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der FREIEN WÄHLER, außerdem eine Zustimmung seitens der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Fünf Enthaltungen der AfD. Damit ist Herr Tilman Hillringhaus einstimmig zum Landesrat des LVR-Dezernates 2 gewählt, und ich darf bitten, Herrn Tilman Hillringhaus hereinzuholen.

(Tilman Hillringhaus betritt unter allgemeinem Beifall den Sitzungssaal.)

Sehr geehrter Herr Hillringhaus, Sie sind soeben von den Mitgliedern der Landschaftsversammlung Rheinland einstimmig zum Landesrat des LVR-Dezernates 2 – Finanzmanagement, Kommunalwirtschaft und Europaangelegenheiten – gewählt worden.

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich, wünsche Ihnen für Ihre Aufgabe eine glückliche Hand und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit ab dem 01.06. nächsten Jahres in dieser dann neuen Funktion für Sie.

Vielleicht möchten Sie noch ein paar Worte an uns richten. Dafür überlasse ich Ihnen gerne das Mikro.

Tilman Hillringhaus: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Mitglieder der Landschaftsversammlung! Herzlichen Dank für diese einstimmige Wahl, über die ich mich sehr freue und die ich sehr gerne annehme.

Ich freue mich auf die nächsten acht Jahre, die haushälterisch sicherlich ganz besonders spannende Jahre werden. Da bin ich mir sehr sicher, dass wir gemeinsam gute Ergebnisse erzielen werden. Ich bedanke mich insofern für Ihr Vertrauen.

Liebe Frau Vorsitzende, ich habe hoffentlich sogar zwei glückliche Händchen mitgebracht. – Danke sehr.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Dann nehmen wir uns jetzt auch die Zeit, um Ihnen zu gratulieren.

(Tilman Hillringhaus nimmt Glückwünsche und Präsente entgegen. Anschließend werden zusammen mit dem Verwaltungsvorstand Fotos gemacht. – Allgemeiner Beifall)

Tagesordnungspunkt 5:

Jahresabschluss 2022

Tagesordnungspunkt 5.1:

Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie über den Tätigkeitsbericht der Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2022

– Vorlage Nr. 15/2091 –

Ihnen liegt mit Vorlage Nr. 15/2091 der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie über den Tätigkeitsbericht der Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2022 vor.

Gestatten Sie mir die Bemerkung: Damit sind wir vorbildlich in unserem Rheinland, was die Abschlüsse und die Berichte angeht. Ich weiß nicht, welche unserer Mitgliedskörperschaften schon so weit ist, dass sie das noch in diesem Jahr beschließen kann.

Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage Nr. 15/2091 in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 beraten und zur Kenntnis genommen.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Diese sehe ich nicht.

Dann haben wir den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie über den Tätigkeitsbericht der Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2022 so zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 5.2:

Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2022 des Landschaftsverbandes Rheinland, Beschluss über die Behandlung des Jahresfehlbetrags und Entlastung der LVR-Direktorin

– Vorlage Nr. 15/1865 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/1865 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen jetzt mal positiv ab, weil die Abstimmung mit der Entlastung unserer Landesdirektorin und damit des Verwaltungsvorstandes in Gänze verbunden ist. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dieser Vorlage. – Das sind die LINKEN, die FRAKTION, die GRÜNEN, die SPD, die CDU, die FDP, die FREIEN WÄHLER und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Dann war das ein einstimmiger Beschluss. Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für die Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Tagesordnungspunkt 5.3:

Feststellung der Jahresabschlüsse 2022 der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen

Tagesordnungspunkt 5.3.1:

Feststellung des Jahresabschlusses 2022 von LVR-InfoKom und Beschluss über die Ergebnisbehandlung sowie über die Entlastung des Betriebsausschusses

– Vorlage Nr. 15/2057 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/2057 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir auch das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5.3.2:

Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der LVR-Jugendhilfe Rheinland und Beschluss über die Verlustverwendung sowie über die Entlastung des Betriebsausschusses

– Vorlage Nr. 15/2103 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/2103 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Diese sehe ich nicht.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir auch das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5.3.3:

Feststellung der Jahresabschlüsse zum 31.12.2022 des LVR-Klinikverbundes und Beschluss über die Ergebnisverwendung sowie über die Entlastung der Krankenhausausschüsse und des Gesundheitsausschusses

– Vorlage Nr. 15/1960 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/1960 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Da es hier um die Entlastung der Krankenhausausschüsse und des Gesundheitsausschusses geht, lasse ich positiv darüber abstimmen. Wer für die Feststellung der Jahresabschlüsse und die Entlastung der Ausschüsse ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Dann war das ein einstimmiger Beschluss.

Tagesordnungspunkt 5.3.4:

Feststellung des Jahresabschlusses 2022 des LVR-Verbundes HPH und Beschluss über die Gewinnverwendung sowie die Entlastung des Betriebsausschusses

– Vorlage Nr. 15/1962 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/1962 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen und den Betriebsausschuss entlastet.

Tagesordnungspunkt 5.4:

Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 24.11.2023 über die Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2022

– Vorlage Nr. 15/2092 –

Ihnen liegt mit der Vorlage Nr. 15/2092 der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 24.11.2023 über die Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2022 vor.

Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage Nr. 15/2092 in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 beraten und zur Kenntnis genommen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 24.11.2023 über die Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2022 so zur Kenntnis genommen.

Ich denke, wir können uns darüber freuen, dass wir so zeitig und so sicher mit diesen Abschlüs-

sen unterwegs sind und in die Zukunft blicken können. Vielen Dank an alle in der Verwaltung, die das möglich gemacht haben.

(Allgemeiner Beifall)

Tagesordnungspunkt 5.5:

Bestätigung des Gesamtabschlusses des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2022

– Vorlage Nr. 15/2051 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/2051 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zu

Tagesordnungspunkt 6:

Satzungen

Ich rufe zunächst auf

Tagesordnungspunkt 6.1:

Neufassung der Entschädigungssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland

– Vorlage Nr. 15/2102 –

– abgesetzt –

Tagesordnungspunkt 6.2:

Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) an die Kreise, kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte und den Gemeindeverband StädteRegion Aachen im Rheinland für das Haushaltsjahr 2024

– Vorlage Nr. 15/1972 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/1972 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6.3:

Neufassung der Betriebssatzung für die LVR-Jugendhilfe Rheinland

– Vorlage Nr. 15/2044 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/2044 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage einschließlich der noch vorzunehmenden redaktionellen Änderungen zu beschließen.

Bevor wir jedoch zur Beschlussfassung kommen, hat die Landesdirektorin dazu das Wort. Bitte schön.

LVR-Direktorin Ulrike Lubek: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bedaure, dass die Vorlage zu viele, also nicht wenige, orthografische Fehler enthält, die dann der Beschlussfassung folgend geändert wird. Es sind hauptsächlich orthografischer Fehler, aber einmal ist auch die Syntax betroffen. Das ist nicht gut.

(Prof. Dr. Jürgen Rolle: Was ist Syntax?)

Wir korrigieren das, und ich denke, das ist in Ihrem Sinne. – Danke.

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Vielen Dank für diese Klarstellung. Ich denke, dem steht nichts entgegen, was unsere Beschlussfassung angeht.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7:

Haushalt 2024

Zur Beratung des Tagesordnungspunktes „Haushalt 2024“ ist folgendes Verfahren vorgesehen:

Zunächst hören wir die Stellungnahmen zum Haushalt. Danach erfolgt die Abstimmung über die Benehmensherstellung zur Festsetzung des Umlagesatzes für das Haushaltsjahr 2024. Drittens erfolgt die Abstimmung über die Sachanträge zum Haushalt, viertens die Abstimmung über

die Anträge zum Umlagesatz, fünftens die Abstimmung über die Haushaltssatzung des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Jahr 2024, und als Letztes stimmen wir über die Wirtschaftsplanentwürfe 2024 ab.

Wir kommen zu den Stellungnahmen zum Haushalt.

Zum Haushalt 2024 sind mir die folgenden Redner*innen gemeldet worden: Für die CDU wird Herr Josef Wörmann die Haushaltsrede halten, für die SPD Herr Prof. Rolle, für die GRÜNEN Frau Dr. Seidl, für die FDP Herr Lars Effertz, für die AfD Herr Noe, für die LINKEN Frau Basten, für die FREIEN WÄHLER Herr Rehse, und für Die FRAKTION wird Herr von Kruedener sprechen.

Gibt es vorab Wortmeldungen, beispielsweise zum Verfahren? – Das ist nicht der Fall.

Dann werden wir so verfahren, und ich bitte Josef Wörmann ans Mikrofon.

Josef Wörmann, CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Montag habe ich erfahren, dass ich den erkrankten Fraktionsvorsitzenden Rolf Einmahl heute hier vertrete. Da hatte ich zuerst befürchtet, ich muss den ganzen Dienstag eine Rede schreiben, aber dann habe ich mir gedacht: Es reicht eigentlich, wenn du hier sagst: Anders als in anderen Koalitionen, beispielsweise der in Berlin, geht es hier bei uns seit neun Jahren vernünftig zu. Der Haushalt ist gut. Wir können ihn so verabschieden.

(Beifall von CDU und SPD)

Dann hat mir allerdings mein Fraktionsgeschäftsführer gesagt, dass es schon eine vorbereitete Rede von Rolf Einmahl gibt, und die möchte ich hier heute vortragen.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Henk-Hollstein! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir verabschieden diesen Haushalt in Zeiten von Krieg und Gewalt, Terror verbunden mit unvorstellbarer Grausamkeit und der Verbreitung von Hass und menschenverachtender Propaganda. Da fällt es schwer, zu den alltäglichen Themen wie beispielsweise dem Haushalt des Landschaftsverbandes überzugehen, und manchmal stellt sich dann auch die Frage, ob angesichts dieser komplexen Probleme und angesichts der Weltlage das, was wir hier machen, nicht banal ist.

Es ist nicht banal. Denn wir setzen uns hier für Menschen ein, und es ist unsere Pflicht und unsere Aufgabe, hier dafür zu sorgen, dass die Menschen im Rheinland die Leistungen erhalten, für die der Landschaftsverband Verantwortung trägt.

Die Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 2024 geschieht in einer Zeit schwieriger Rahmenbedingungen für die Kommunen im Rheinland, aber auch für alle anderen Kommunen in der Republik. Prägend hierfür ist die laufende Abfolge von Krisensituationen, die von der Coronapandemie über die Energiekrise, eine hohe Inflation und Rezession infolge globaler Kriegs- und Krisenlagen bis hin zu den Diskussionen in unseren Kommunen über den angemessenen Umgang mit den finanziellen und gesellschaftlichen Folgen von Flucht und Vertreibung reichen.

Zugleich gilt es, die Kommunen als die wesentlichen Gestalter der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Lage zu versetzen, notwendige Entwicklungen zu gestalten.

Dies wird immer schwieriger. So hat die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hierzu im Juli des Jahres erklärt, dass die Kommunen infolge der notwendigen Einsparungen nicht in dem Umfang in Klimaschutz und die Energie- und Verkehrswende investieren können, in dem es eigentlich notwendig wäre. Die inflationsbedingten Ausgabensteigerungen verfestigen den kommunalen Investitionsstau, und kurzlebige Hilfsprogramme lösen nicht die strukturellen Probleme unserer Städte.

Der Städte- und Gemeindebund NRW versah sein Schreiben an den Ministerpräsidenten dieses Landes im September sogar mit der Überschrift „Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung in NRW“.

Daher kann auch die Feststellung der Bertelsmann Stiftung aus September dieses Jahres nicht überraschen, dass die Kommunen die Anforderungen einer Wende zur Nachhaltigkeit voraussichtlich nicht werden erfüllen können.

Wo ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Ge-

mengelage überhaupt noch der Platzt für die Themen des Landschaftsverbandes Rheinland?

Er ist nach meiner Überzeugung im gesamten Rheinland anzufinden, nämlich überall dort, wo die vielfältigen Angebote und Leistungen der Eingliederungshilfe, der differenzierten psychiatrischen Versorgung, der Förderbeschulung, der Jugendhilfe, des sozialen Entschädigungsrechts sowie der Kultur und Museen die Bürgerinnen und Bürger der rheinischen Kommunen erreichen und ihre Lebenssituation und Teilhabe verbessern.

Dieses Leistungsspektrum des Landschaftsverbandes drückt sich bezogen auf den Haushalt trotz aller Komplexität in einem dürren Umlagehebesatz aus, an dem der LVR wie auch andere kommunale Umlageverbände gemessen werden. Die Diskussionen zu diesem Umlagehebesatz waren, beginnend mit der Benehmensherstellung mit den Mitgliedskörperschaften zum Haushaltsentwurf der Verwaltung für das Jahr 2024 mit einem Satz von 15,95 Prozentpunkten, intensiv.

Dabei wurden, ähnlich wie in den vergangenen Jahren, die Einzelheiten des Haushaltsentwurfs bezogen auf die Finanzierung der vielfältigen Leistungen des LVR nur noch bedingt oder gar nicht in den Blick genommen. Vielmehr richtete sich der Fokus ausschließlich auf die Finanzen.

Da das so war, erlaube ich mir, ergänzend zur Rede unsere Fraktionsvorsitzenden auf einige Punkte hinzuweisen, die deutlich machen, welches Leistungsspektrum wir in der Vergangenheit zusätzlich wahrgenommen haben, und das in einem überschaubaren Kostenrahmen.

Wir haben, meine Damen und Herren, 2020 von den Kommunen die Zuständigkeit für die Kinder mit Behinderung in Pflegefamilien erhalten. Die für diese Aufgaben zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR haben in nur drei Jahren dafür gesorgt, dass es heute einheitliche Leistungen für Menschen mit Behinderung gibt und die Höhe und die Art der Leistungsgewährung nicht nach Postleitzahlbezirken unterschiedlich ausgekehrt werden. Und es sind keine Mehrkosten entstanden.

Wir haben, meine Damen und Herren, in der Umsetzung der Gewaltschutzkonzepte mit der Beratung, der Begleitung und auch der Prüfung der Leistungserbringer eine weitere Aufgabe übernommen, und ich finde, das machen wir deutschlandweit beispielhaft und vorbildlich. Und auch diese Aufgabe können wir nur dank dem hohen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LVR erfüllen.

Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf ist auch die Ende dieses Jahres beginnende pilothafte Umstellung der Leistungen der Eingliederungshilfe abgebildet. Wir vollziehen die Abkehr der Finanzierung von Einrichtungen und Angeboten hin zu passgenauen, individuellen Leistungen für Menschen mit Behinderung. Dazu haben wir landesweit flächendeckende Beratungsangebote in Kreisen und Kommunen etabliert.

Auch möchte ich darauf hinweisen, dass die Kosten des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes den Haushalt des LVR nicht nur beim eigenen Personal belasten. Sondern auch immer dort, wo Leistungserbringen der Eingliederungshilfe ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Tarif bezahlen und dies auch transparent und nachvollziehbar darstellen, berücksichtigt der LVR auch diese Tarifsteigerungen in seinen Verträgen mit den freien Trägern.

Dies, meine Damen und Herren, sind nur einige wenige Beispiele – zugegeben – aus dem sozialen Bereich, der mir sehr nahesteht, die deutlich machen, dass der Landschaftsverband Rheinland in komplexen Situationen, in komplexen Lagen agiert und finanziell verantwortlich agiert, und dies muss im Haushalt dargestellt werden.

(Beifall von CDU und SPD)

In der öffentlichen Diskussion richtete sich der Fokus ausschließlich auf den Umlagehebesatz, den Stellenplanentwurf und die Frage des Einsatzes der Ausgleichsrücklage des LVR. Insbesondere in Bezug auf den Stellenplanentwurf ist der Blick hinter die bloße Zahl dringend geboten, das heißt auf die Frage der Entwicklung der letzten Jahre, die Refinanzierung von Stellen, die Tarifentwicklung, den Umgang mit befristeten Personalstellen und schließlich den Details der Personalfinanzierung. Ich verweise in diesem Zusammenhang, damit es nicht zu lang wird, auf die Vorlage Nr. 15/2059/1, in der ausführlich dargestellt wird, warum und wieso der Landschaftsverband sein Personal so einsetzt, wie es eingesetzt wird.

Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs in die Landschaftsversammlung Ende August haben sich 24 rheinische Mitgliedskörperschaften in den Beratungsprozess unter anderem mit der Forderung eingebracht, der LVR möge seine Ausgleichsrücklage einsetzen. Als positives Beispiel wurde auf die Praxis unseres Schwesterverbandes LWL und dessen Eckpunktepapier hingewiesen.

Bemerkenswert ist dabei nicht der Hinweis auf den LWL, sondern die gezielte Ausblendung aller anderen Faktoren und Rahmenbedingungen, die den Umlagesatz des LWL bilden. Weder werde ich heute diese Diskussionen, die es bekanntlich bis weit in die Tiefen der Presselandschaft des Rheinlandes hinein geschafft haben und an denen sich auch unser Fraktionsvorsitzender beteiligt hat, weiter schüren, noch will und werde ich die Vorgehensweise des LWL kommentieren.

Ich will mich allein auf eine prägnante Zahl beschränken, nämlich auf den Umlagesatz des LWL, der voraussichtlich bei 17,45 Punkten liegen wird und damit exakt 2,0 Punkte oberhalb des Satzes liegt, den die Koalition aus CDU und SPD in einem gemeinsamen Antrag mit der FDP-Fraktion heute der Landschaftsversammlung zum Beschluss vorlegt.

Mit einem Umlagehebesatz in Höhe von 15,45 Prozentpunkten wird gegenüber dem Entwurf eine Absenkung um 0,5 Prozentpunkte realisiert, und das, meine Damen und Herren, bedeutet in absoluten Zahlen ausgedrückt ein Minus in Höhe von 115 Millionen € gegenüber dem ursprünglichen Entwurf.

Mit dieser deutlichen Absenkung widerlegt die Koalition aus CDU und SPD in der Landschaftsversammlung die Vorwürfe eines unsolidarischen Vorgehens innerhalb der kommunalen Familie im Rheinland und der Verkennung der aktuellen Finanzlage.

(Beifall von CDU und SPD)

Es mag sein, dass dem einen oder anderen der Anteil der Absenkung, der aus der Ausgleichsrücklage entnommen wird, nicht hoch genug erscheint. Allerdings wird dabei gezielt außer Acht gelassen, was das aufsichtsführende Ministerium dem LVR bei früheren Haushaltsgenehmigungen immer wieder ins Stammbuch geschrieben hat.

Ich zitiere jetzt nicht alles, sondern nur den deutlichen Hinweis aus dem Jahr 2011, ähnlich wiederholt 2015 und noch einmal deutlich in der Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2022. Das Ministerium sagt:

Die Nutzung der Ausgleichsrücklage bedeutet Eigenkapitalverzehr, und der bedingt eine zusätzliche Aufnahme von Liquiditätskrediten und relativiert den Erfolg der Entschuldung. Ihre Verbandskommunen werden sowohl durch den erhöhten Zinsaufwand als auch durch die notwendige Tilgung der Liquiditätskredite belastet.

Das war die Kernaussage aller Stellungnahmen zu unserem Haushalt, und deshalb haben wir nur Teile der Ausgleichsrücklage verantwortungsvoll aufgelöst und nicht alles.

Die Gestaltung dieses Weges, der zu einer Reduzierung der Umlage führt, obliegt den Fraktionen der Landschaftsversammlung. Entscheidend in der Außenwirkung ist der von mir vorhin bereits benannte Umlagehebesatz. Mit dem Wert von 15,45 Prozentpunkten setzen CDU und SPD den Weg der vergangenen neun Jahre fort, die Umlageentwicklung nicht mit den Sprüngen einer Fieberkurve zu gestalten, sondern konstant und berechenbar.

Hinzu kommt, dass durchgreifenden Verbesserungen der Einnahmesituation im Wege einer Umlageabsenkung über einen Nachtragshaushalt Rechnung getragen wird, so geschehen im Haushaltsjahr 2023 mit einer Entlastung von rund 280 Millionen €. Auf diese Weise werden die Entlastungseffekte an die Mitgliedskörperschaften weitergegeben, bezogen auf die Kreise mit der Folge, dass auch die Kreisumlagen gesenkt werden können.

Aktuell signalisieren uns alle Prognosen, dass die Finanzgrundlage der Kommunen in den kommenden Jahren keine Verbesserungen erfahren wird. Dem wird die Landschaftsversammlung weiterhin mit einer verantwortungsvollen Umlagepolitik entsprechen. Ich bin zuversichtlich, dass das Kommunalministerium auch für die Haushaltssatzung des Jahres 2024 unser Vorgehen bestätigen wird, welches das Rücksichtnahmegebot beachtet.

Ein Umlagesatz in Höhe von 15,45 % bietet damit heute die Chance für einen breiten politischen Konsens. Ich danke deshalb ausdrücklich

der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für ihre Bereitschaft, diesem Umlagebeschluss zuzustimmen. Demokratie lebt von der Diskussion um Ideen und Wege zur Lösung von Problemen.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die faire politische Auseinandersetzung muss es aber auch ermöglichen, Ideen anderer Fraktionen aufzugreifen und gemeinsame Lösungen zu finden, und deshalb ist eine vernünftige, von einer großen Mehrheit getragene Haushaltspolitik von großem Wert.

(Beifall von CDU und SPD)

Es gilt der Grundsatz: Erfolg ist unser Ziel, Wissen ist unser Weg.

Beschließen möchte ich diese Rede mit einigen Anmerkungen zu den Haushaltsanträgen der Großen Koalition, die in den letzten Wochen in den Fachausschüssen beraten worden sind.

Mehr als 30 qualitative Anträge sind es, und dennoch ist damit kein gravierender finanzieller Mehraufwand verbunden. Weder werden aufwändige Modellprojekte begonnen noch freiwillige Aufgaben ausgeweitet. Vielmehr werden punktuell auf den Aufgabenfeldern des LVR neue Akzente gesetzt und Prüfaufträge an die Verwaltung gegeben, die unseren Verband zukunftsorientiert weiterentwickeln werden.

Selbstverständlich ist bei den Anträgen auch die Steuerung der weiteren Digitalisierung und des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz im LVR mit vertreten. Dass es sich dabei nicht um parteipolitische Fragestellungen handelt, macht die übergreifende Initiative für eine Fachtagung zum Umgang mit KI deutlich, zu der es gleich mehrere Anträge gibt.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, diese Gemeinsamkeiten auch im Umlagesatz für das Jahr 2024 zum Ausdruck bringen.

Seit rund neun Jahren hat diese Große Koalition den Beweis angetreten, dass es auch ohne Nachtsitzungen möglich ist, mit soliden und seriösen politischen Weichenstellungen – insbesondere unter finanzpolitischer Betrachtung – diesen großen höheren Kommunalverband durch alle Krisen sicher und zuverlässig zu steuern. Daher ist jetzt der Moment, erneut und mit voller Überzeugung unserem Koalitionspartner, der SPD-Fraktion, ausdrücklich meinem Kollegen Herrn Prof. Dr. Jürgen Rolle sowie Thomas Böll und Leila Soumani, aber auch allen Mitgliedern der SPD-Fraktion Dank zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Der Dank gilt nicht nur für das jetzt zu Ende gehende Jahr, sondern auch für das sehr gute Miteinander in den letzten neun Jahren.

Ebenso gilt der Dank dem Verwaltungsvorstand, an der Spitze mit der Landesdirektorin Ulrike Lubek sowie dem Ersten Landesrat Reiner Limbach, und allen Dezernentinnen und Dezernenten für die sehr gute Zusammenarbeit im auslaufenden Jahr. Gestatten Sie mir, dass ich heute insbesondere Frau Hötte erwähne. Das ist nämlich der letzte Haushalt, den sie eingebracht hat und über den wir heute beraten. Schönen Dank für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

(Beifall von CDU, SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist keine Floskel, sondern ehrlich gemeint, wenn ich sage: Bitte geben Sie diesen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter. Denn ohne die würde hier beim LVR nichts laufen.

Wie immer – und das sage ich aus tiefster Überzeugung – bedanke ich mich bei meiner Fraktion mit allen Mitgliedern sowie sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern. Dem Fraktionsgeschäftsführer Frank Boss und den beiden Mitarbeiterinnen Susanne Stojic und Sabine Rudat gilt mein besonderer Dank.

Ich wünsche Ihnen allen, dass das Jahr 2024 ein friedvolleres sein wird als das nun fast abgelaufene Jahr 2023. Zugleich werden wir unsere gemeinsame Arbeit für den LVR im Sinne der Qualität für Menschen für die Bürgerinnen und Bürger im Rheinland fortsetzen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

So weit die Rede meines Fraktionsvorsitzenden.

(Beifall von CDU und SPD)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Als Nächster spricht jetzt Herr Prof. Dr. Rolle.

Prof. Dr. Jürgen Rolle, SPD: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Landesdirekto-

rin! Sehr geehrter Frau Neyer, sehr geehrter Herr Suermann aus Westfalen! Sehr geehrte Landesrätinnen und Landesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vorweg: Gute Besserung für den Kollegen Rolf Einmahl. Wir hoffen sehr, dass es ihm bald wieder gut geht.

(Beifall von SPD und CDU)

Heute werden wir den Haushalt 2024 des Landschaftsverbandes Rheinland verabschieden, und ich bin – lassen Sie mich das vorab sagen – mit dem Ergebnis sehr zufrieden.

Wir leben in einer schwierigen Zeit: Krieg im Nahen Osten, Krieg in der Ukraine, eine Umweltkatastrophe folgt auf die andere, die Pandemie kehrt still und leise wieder zurück. Es ist eine Situation, in der bei mir Hilflosigkeit vorherrscht. Ich fühle mich wehrlos und frage mich, nachdem die erste Schockstarre überwunden ist: Was kann ich denn tun, was können wir denn tun in dieser Situation?

Die Antwort: Wir können eigentlich nur in den Bereichen, in denen wir verantwortlich sind, versuchen, gute und nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Das gilt im privaten wie auch im professionellen Bereich. Und eine Sache, die ich, die wir tun können, ist, dafür zu sorgen, dass eine seriöse Haushaltspolitik entwickelt und umgesetzt wird, die den uns anvertrauten Menschen gute und angemessene Leistungen garantiert. Und dafür werden wir heute durch die Beschlussfassung zum Haushaltsentwurf 2024 sorgen.

Ich habe bewusst das Wort „seriös“ benutzt. Nicht seriös ist es nämlich, wenn man den Einsatz der gesetzlich vorgesehenen Pensionsrückstellungen zur Senkung der Umlage einsetzen will, wie dies offensichtlich die AfD-Fraktion mal eben populistisch raushaut; Stichwort: 1 Milliarde € liquide Mittel aus Geldanlagen einsetzen. Das war ein Antrag der AfD zur Umlage.

Kein Wunder, wenn man in den Tagesthemen von einer Führungskraft der LVR-AfD-Fraktion zu hören bekommt, man müsse die Anzahl von Pushbacks erhöhen – ich zitiere –, egal, was der Europäische Gerichtshof dazu sagt. Also, wer mal eben einen Pfeiler der europäischen Demokratien, nämlich die Gerichtsbarkeit, außer Kraft setzen will, der formuliert auch zur Umlage solche rechtswidrigen Forderungen. Doch dazu später noch mehr.

(Beifall von SPD, CDU,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Diese Koalition agiert eben seriös, und das bedeutet, die Interessen der Menschen, die unsere Leistungen erhalten, im Auge zu haben, ebenso wie die Interessen der Kämmerinnen und Kämmerer unserer Mitgliedskörperschaften. Dabei gehen wir im kreisangehörigen Raum davon aus, dass die Kreise ihre durch unseren Antrag erzeugten Minderausgaben auch an ihre Städte und Gemeinden weitergeben. Denn eines hat die Veranstaltung zur Anhörung des Haushaltsentwurfs mit dem kreisangehörigen Raum deutlich gemacht: Dieser Ebene geht es finanziell an die Substanz.

Und weil der von der Landesregierung angekündigte Altschuldenerlass vertagt ist, freut es uns ganz besonders, wenn wir eben auch diese Ebene entlasten können.

Was aber genau ist seriös in solchen Zeiten? Erstens prognostizierte Mehreinnahmen in 2024 durch verbesserte Grundlagen eins zu eins weitergeben. Zweitens die Ansätze in der Eingliederungshilfe in vertretbarer Höhe kürzen, auch auf die Gefahr hin, hier ins Defizit zu laufen. Und last, but not least der angemessene Einsatz der Ausgleichsrücklage.

Für uns als Koalition ist es eine Selbstverständlichkeit, das zu tun, was wir auch von unseren Kreisen fordern. Und weil sich in der Prognose die Einnahme verbessert hat, werden wir diese zusätzlichen Mittel verrechnen und die im Entwurf des Haushalts 2024 geplante Umlage entsprechend senken; das macht ca. 0,2 Prozentpunkte aus.

Darüber hinaus verändern wir in Verantwortung für unsere Mitgliedskörperschaften die Ansätze in der Eingliederungshilfe nach unten. Wir gehen nicht davon aus, dass die Verwaltung schlecht geplant hat. An der Stelle gehen wir ins Risiko und nehmen bewusst in Kauf, dass durch diese Maßnahme ein Defizit erzeugt werden könnte.

Mit dem Stichwort „Eingliederungshilfe“ kann ich auch direkt überleiten zu unserer dritten Maßnahme, dem Einsatz der Ausgleichsrücklage. Mal unabhängig von der Tatsache, dass wir bei der angedachten weiteren Senkung um ca.

0,15 % hier zu einem höheren Einsatz der Ausgleichsrücklage kommen als der LWL, möchte ich auf etwas ganz Banales hinweisen, und dies insbesondere, weil gerade auch aus dem kreisangehörigen Raum die Forderung immer artikuliert worden ist, die Ausgleichsrücklage müsse komplett eingesetzt werden:

Die monatlichen Leistungen in der Eingliederungshilfe liegen im Bereich von dreistelligen Millionenbeträgen. Das bedeutet, sollten wir mal, was hoffentlich nie passiert, in der Planung richtig danebenliegen, hat sich die hier vorhandene Ausgleichsrücklage von unter 200 Millionen € blitzschnell in Luft aufgelöst. Ich verstehe die Vertreter des kreisangehörigen Raums, die uns vorhalten, dass sie das letzte Schwimmbad schließen oder kaum vermittelbare Beschlüsse zu örtlichen Steuern fassen müssen, und darauf verweisen, dass wir uns diese Ausgleichsrücklage noch leisten. Ich kann ihnen nur zurufen: Es ist euer Geld, und es schützt euch vor dem Ausgleich von Defiziten! – Und diese können bei Kostensteigerungen leicht entstehen.

Es ist eben nicht so, dass, wie mehrfach gefordert, die Eingliederungshilfe gedeckelt werden kann. Es sind Ansprüche von Menschen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen und eben diese Leistungen auch erhalten müssen. Und wenn sich beispielsweise die Zahl der Leistungsberechtigten erhöht, dann erhöhen sich auch die Ausgaben. Und dass die Leistungen auch die Bedürfnisse erfüllen müssen, dafür stehen wir mit unserem Versprechen „Qualität für Menschen“.

(Beifall von SPD und CDU)

Trotzdem haben wir uns dazu entschlossen, wegen der schlechten finanziellen Lage der kommunalen Familie einen Teil der Ausgleichsrücklage einzusetzen. Durch das Zusammenwirken dieser drei Elemente, also Mehreinnahmen, Minderausgaben und Einsatz der Ausgleichsrücklage, können wir bezogen auf den Entwurf eine Senkung um 0,5 Prozentpunkte erreichen. Anders ausgedrückt: Die kommunale Familie wird um weit über 100 Millionen € entlastet.

Dass wir damit nahezu die von den Hauptverwaltungsbeamten artikulierten Forderungen erfüllen, ist sicherlich für alle Beteiligten sehr erfreulich. Dass die Koalition also jetzt gemeinsam mit der FDP, der wir für ihre Unterstützung herzlich danken, und nach dem letzten LA auch mit den GRÜNEN einen Umlagesatz von 15,45 Prozentpunkten festsetzen wird, ist das Ergebnis der seriösen Finanzpolitik der letzten Jahre.

Die Koalition ist stolz darauf und hat auch allen Grund dazu. Denn der LWL, um hier noch mal den einzig geeigneten Benchmark-Partner zu bemühen, hat im Entwurf – Josef Wörmann hat es eben gesagt – des Haushaltes 2024 einen Umlagesatz von über 17,5 % stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, aus aktuellem Anlass möchte ich einen kurzen Einschub machen. Aus Fürsorge gegenüber unserer kommunalen Familie haben wir folgende Bitte an unsere Verwaltung: Bitte weisen Sie die Landesregierung eindringlich auf Folgendes hin: Die derzeit, das heißt bis Sommer, klaffende Lücke zur auskömmlichen Finanzierung der Kindertagesstätten inklusive des offenen Ganztags kann in diesen Bereichen zu Insolvenzen und Betriebsstättenschließungen führen. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz muss dann von den Kommunen sichergestellt werden. Das heißt, zu erwarten wären finanzielle Probleme, verunsichertes Fachpersonal, verunsicherte Eltern und massiv betroffene Kinder. Bitte weisen Sie als Landschaftsverband Rheinland, als Landesjugendamt die Kommunen auf diese auf uns zukommenden Schwierigkeiten noch einmal eindringlich hin.

(Beifall von der SPD)

Nun erlauben Sie mir ein paar Anmerkungen zu den Initiativen zum Haushalt. Ich fange mal mit den positiv abgestimmten Anträgen zum Thema „Klima“ an. Ein Antrag der GRÜNEN hatte das Thema „Erhöhung der Pflanzgutförderung um 20.000 €“, bei Anträgen der Koalition ging es um den Ausbau der Elektromobilität, die Wiedervernässung von Moorflächen, nachhaltige Ernährung, der Ausbau der Windkraftenergie, die Mittelaufstockung zur Förderung der Rheinischen Naturparke. Das macht deutlich, dass es nicht mehr nur eine Klimapartei beim LVR gibt,

(Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

sondern eine parteiübergreifende Klimakoalition.

(Beifall von SPD und CDU – Frank Boss, CDU: Endlich wird es mal gesagt! – Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Zum Thema „Inklusion“, dem Thema des LVR. Neben dem Antrag der GRÜNEN zur Fachtagung FASD wurden folgende Anträge der Koalition positiv abgestimmt: „Situation Erwachsener mit Behinderung“, „Impulse zum Abbau von Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung“, „Inklusive Bauprojektförderung“ und „Fachtagung Art. 29 UN-Behindertenrechtskonvention“.

Ich könnte jetzt weitermachen mit Gesundheitspolitik, Schulpolitik und Kulturpolitik. Und bevor Sie es anmerken: Ich weiß, dass Quantität nicht gleich Qualität bedeutet. Aber ich bin auch stolz darauf, dass die Anträge der Koalition insgesamt richtig gut gelungen sind.

(Vereinzelt Beifall von SPD und CDU)

Ärgerlich sind Änderungs- und Ergänzungsanträge nach dem Motto: Fällt einem nicht so richtig was ein, dann guckt man sich mal die Anträge der Koalition an und macht eine kleine Ergänzung.

(Beifall von SPD und CDU)

Ich picke mal einen Antrag der Koalition raus, und da ging es das Schulbauprogramm von CDU und SPD. Zunächst hatten die GRÜNEN einen Ergänzungswunsch betreffend Schwimmbäder. Ungefähr 40 Mal wurde das rauf und runter diskutiert und mehrfach ablehnend entschieden. Aber: Zu dieser Gesamtthematik der 46 LVR-Sportstätten – –

(Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Steter Tropfen höhlt den Stein!)

– Das hat nichts mit einem steten Tropfen zu tun. Das ist ein Schwimmbad. Da tropft es sowieso.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zu dieser Gesamtthematik der 46 LVR-Sportstätten inklusive Schwimmbäder haben wir im letzten LA eine einjährige Evaluationsstudie beschlossen, die den Vereinen nach Rücksprache mit dem LVR und den beteiligten Kommunen die kostenfreie Nutzung ermöglicht, wenn Vereine und Kommunen bestimmte Spielregeln im Umgang mit den Sportstätten einhalten. Ich finde, dass dies ein sehr guter Vorschlag der Verwaltung ist, und danke ausdrücklich den beteiligten Dezernaten.

(Beifall von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Weiter kam zum Schulbauprogramm von CDU und SPD ein Ergänzungswunsch der LINKEN. Da steht dann: Ebenso ist bei den Maßnahmen – gemeint sind die Schulbaumaßnahmen – die Zielsetzung zu berücksichtigen, die schulische Inklusion zu fördern. – Entschuldigung, aber was machen wir hier eigentlich? Was haben wir gerade beim Thema „Schulausbau“ an Beschlüssen zur Inklusion, zur Barrierefreiheit, zu flexiblen Klassenräumen, zu ausreichend Räumen für Pflege und Therapie gefasst?

Ich finde, ein solcher zusätzlicher Antrag ist einfach überflüssig, weil die Beschlusslage hierzu seit Jahren klar ist, und zwar in Sachen pro Inklusion.

(Beifall von SPD und CDU)

Anerkennenswert ist, dass es fast alle demokratischen Fraktionen geschafft haben, einen gemeinsamen Antrag zum Deutschlandticket zustande zu bringen. Dafür ausdrücklichen Dank an die Fraktionen und für die Initiative der LINKE.

Tja, und damit sind wir beim Thema „AfD“, das heißt „Alternative für Demokratie“. Zur Klarstellung: Wer im Zusammenhang mit Rückführungen von Flüchtlingen öffentlich bekundet, dass egal ist, was der Europäische Gerichtshof an der Stelle sagt, den wählen wir nicht zur sachkundigen Bürgerin dieser Versammlung. Mit meiner Fraktion – und alleine für die bin ich mandatiert, um zu sprechen – findet diese Wahl aktiv nicht statt.

(Beifall von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und sollte der Akt im Wege der Ersatzvornahme umgesetzt werden, dann werden wir die fehlende demokratische Legitimation dieses Mandates gegebenenfalls vor der zuständigen Gerichtsbarkeit geltend machen. Kein wie auch immer gearteter erzwungener Akt kann eine vom freien Willen der Wählenden getragene Entscheidung ersetzen. Denn dann ist es keine Wahl mehr.

(Beifall von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Mitglieder der „Alternative für Demokratie“ müssen wissen, dass wir das Fundament unse-

res Staates, die Demokratie, mit all seinen Rechten und Pflichten erbittert verteidigen werden.

Abschließend herzlichen Dank an alle Mitglieder des Verwaltungsvorstandes, die sich in ihren Bereichen sehr engagiert haben und tolle Arbeitsergebnisse vorweisen.

Ich kann sagen, die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung in diesem Verband unter der Leitung der Landesdirektorin Lubek und Herrn Limbach ist wirklich beispielhaft.

Der besonderer Dank gilt selbstverständlich der Kämmerin mit ihrem Team aus der Kämmerei. Liebe Frau Hötte, vielen Dank für die stets faire und gute Beratung, auch Ihnen, lieber Herr Soethout, vielen Dank, verbunden mit der Bitte, diesen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei weiterzuleiten. Für die Nachfolger wird es jedenfalls nicht einfach. Aber ich bin mir sicher, dass auch das neue Team Hillringhaus/Wiese das sehr gut machen wird. Und weil wir alle wissen, dass es voraussichtlich sowohl für Sie, liebe Frau Hötte, als auch für Sie, lieber Herr Soethout, der letzte eingebrachte Haushalt sein wird, hier nochmals ganz besonderen Dank.

(Beifall von SPD, CDU und FDP)

Sie, Herr Soethout, werden ganz schnell fehlen, weil Sie schon Anfang des Jahres 2024 ausscheiden. Und wenn dann zur Mitte des Jahres der soeben gewählte Herr Hillringhaus die Dezernatsleitung übernimmt, dann fehlst auch du, liebe Renate, und dann sind zwei gegangen, denen der Verband, denen das Rheinland und denen auch meine SPD-Fraktion wirklich viel zu verdanken haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von SPD, CDU,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bei unserem Koalitionspartner mit Rolf Einmahl und Frank Boss an der Spitze bedanke ich mich sehr herzlich, ebenso wie bei der gesamten CDU-Fraktion. Eine so vertrauensvolle Zusammenarbeit sucht ihresgleichen.

(Beifall von SPD und CDU)

Und bedanken möchte ich mich auch bei meiner Fraktion, die nach anfänglichen pandemiebedingten Kennenlernschwierigkeiten solidarisch und fachlich engagiert ihren Weg gefunden hat. Dieses Zusammenwachsen und unsere Fraktionsarbeit wären nicht möglich ohne unser Fraktionsbüro mit Thomas Böll und Leila Soumani, die meinen, die unseren Dank mehr als verdient haben.

(Beifall von SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Baugesellschaft aus dem Ruhrgebiet hat einen meines Erachtens bemerkenswerten Firmenslogan: Zukunft braucht Substanz. – Die Substanz unseres Staates ist die Demokratie. Diese gilt es zu erhalten. Dafür steht die SPD, und dafür stehe ich. – Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Frau Dr. Seidl hat nun für die GRÜNEN das Wort.

Dr. Ruth Seidl, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Vorsitzende Henk-Hollstein! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Landesrätinnen und Landesräte! Sehr geehrte Gäste aus Westfalen! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Grünenfraktion hat im Vorfeld der Haushaltsentscheidung alles, was für oder gegen den Haushalt spricht, sorgfältig abgewogen, und es gibt aus unserer Sicht sowohl Positives als auch Kritisches, was in die Waagschale gelegt werden kann.

Deshalb hätten wir uns heute auch durchaus der Stimme enthalten können, aber wir waren uns einig, dass bei wichtigen Entscheidungen und in Zeiten großer Verunsicherung Unentschiedenheit eher ein schwaches Signal ist.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Insofern halten wir es mit der Bergpredigt, frei nach Matthäus Kapitel 5, Vers 37:

(Frank Boss, CDU: Wird
immer gern genommen!)

Wer Wichtiges zu sagen hat, der soll ein klares Ja oder Nein sagen. Alles andere ist von Übel.

(Heiterkeit)

Aber lassen Sie mich mit den aus unserer Sicht kritischen Punkten beginnen, und da muss ich ein wenig Wasser in den Wein der Harmonie gießen – das steht jetzt nicht in der Bibel; das

habe ich jetzt gesagt –: Zu Recht haben die Mitgliedskommunen die massiven Stellenaufwüchse im Haushalt kritisiert. Mit einem Plus von 413 erhöht der LVR seine Stellen in der Zentralverwaltung um weit mehr als 10 %. Lieber Herr Limbach, das sind mehr neue Stellen, als der gesamten Stadtverwaltung Wesseling einschließlich des Sozial- und Erziehungsdienstes zur Verfügung stehen.

(Thomas Böll, SPD:
Wo ist Wesseling?)

Verglichen mit dem LWL, der 91 neue Stellen ausweist, sind das viereinhalbmal so viel. Das bedeutet mehr als 30 Millionen € zusätzliche Personalkosten, die von den Mitgliedskommunen bezahlt werden müssen. Fragen Sie mal nach wie das bei den Kommunen ankommt.

Fraglich ist ja auch, ob diese Stellen überhaupt besetzt werden können. Aus unserer Sicht wäre die erste Herausforderung, dafür zu sorgen, dass die bereits vorhandenen Stellen besetzt werden, bevor wir in dieser Dimension neue Stellen schaffen.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir die konkreten Stellenmehrungen anschaue, dann zweifle ich schon sehr an deren Sinnhaftigkeit. Bei den 25 neuen Stellen im Dezernat 6 wird als Begründung einfach nur „Aufbau eines Dezernats“ genannt. Das verdeutlicht doch klar das dahinter stehende Motiv und sagt überhaupt nichts über die Notwendigkeit der Stellen aus.

Und ich frage mich weiter, was im Himmel denn die zusätzlichen neun Stellen „Channel Owner“ im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit machen sollen.

(Thomas Böll, SPD:
Channel ownen!)

Bei allem Verständnis dafür, dass der LVR ein neues Öffentlichkeitskonzept braucht, was wir ja auch richtig finden, frage ich mich wirklich: Wäre eine Neukonzeption nicht auch mit schlankeren Strukturen möglich?

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind, ehrlich gesagt, außerordentlich skeptisch.

Und wir teilen auch nicht die Auffassung, dass jetzt im Dezernat 3 ein weiterer Fachbereich samt Abteilungs- und Teamleitung eingerichtet werden muss. Das sind einfach zu viele Häuptlinge, meine Damen und Herren.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt, den wir kritisieren, ist der anvisierte Zeitplan für die Treibhausgasneutralität. Keine Frage, wir begrüßen den Aufschlag von Herrn Althoff, mit definierten Schritten eine Treibhausgasminderung zu erreichen. Da stecken ein ordentliches Stück Arbeit und sicher auch sehr viel Herzblut drin.

(Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Es gibt nur eine Klimapartei! – Beifall von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings erscheint uns die Zeitplanung bis zum Jahre 2045 nicht ambitioniert genug. Die Folgen des Klimawandels sind weltweit sichtbar und spürbar, und das Zeitfenster, in dem wir handeln können, verkleinert sich von Tag zu Tag. Das ist wie eine tickende Uhr. Um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, bedarf es bei uns hier in Deutschland und auch weltweit einer klaren Kurskorrektur. Das sehen nicht nur wir Grüne im LVR so, das sehen auch viele Kommunen im Rheinland so, die sich engagiertere Zielvorgaben gesetzt haben. Dazu gehören die Städte Köln, Düsseldorf, Krefeld, Wuppertal, Aachen oder Bonn.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und alle, die dabei waren, erinnern sich sicherlich an die beeindruckende Reise des Umweltausschusses nach Freiburg im vergangenen Frühjahr, wo wir uns im dortigen Rathaus davon überzeugen konnten, dass Klimaneutralität mit den entsprechenden Schritten auch schon 2035 machbar ist.

Dabei erkennen wir durchaus viele ökologische Standards des LVR an, vor allem die Energiestandards bei Neubauten. Darauf kann man stolz sein und zügig aufbauen. Aber beispielsweise im Bereich der Mobilität oder beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist der LVR nicht sonderlich weit gekommen. Mobilitätsdezernat hin oder her – da wünschen wir uns fortschrittlichere Ziele und vor allem mehr Tempo.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Nun kommen wir aber zu den erfreulichen Entwicklungen.

Wir hatten in den diesjährigen Haushaltsberatungen von Beginn an dafür plädiert, dass der LVR seine Umlage nicht so stark erhöhen soll wie vorgesehen. Und wir haben gefordert, dafür auch die Ausgleichsrücklage moderat einzusetzen. Diese wird, wenn der Haushalt 2023 planmäßig verläuft, noch 178 Millionen € umfassen. Wir wollen die Ausgleichsrücklage so einsetzen, dass sie über einige Jahre hinweg als Möglichkeit genutzt werden kann, die Umlage kommunalfreundlicher zu gestalten. Hier wissen wir die Mitgliedskommunen an unserer Seite, die dies in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Haushalt ebenfalls gefordert haben.

Die jetzt im Koalitionsantrag formulierte Absenkung des Verwaltungsvorschlags um 0,5 Prozentpunkte – in absoluten Zahlen etwa 116 Millionen € – ist gut und richtig. Davon sind 0,2 Prozentpunkte durch höhere Einnahmen möglich, 0,3 Prozentpunkte sollen durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und eine Minderausgabe bei der Eingliederungshilfe gedeckt werden.

Dabei ist klar: Die Globalkürzung bei der Eingliederungshilfe gleicht eher dem Prinzip Hoffnung. Denn wenn die Kosten für die Leistungen, auf die Menschen mit Behinderung einen Anspruch haben, steigen, dann muss der Griff in die Ausgleichsrücklage doch automatisch tiefer sein. Schließlich wollen wir ja auch, dass die Umstellung auf das Bundesteilhabegesetz schneller gelingt und die Antragsbearbeitung zeitnäher erfolgt.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Jedenfalls ist der Weg der richtige, und die Bewegung beim Umlagesatz ist ein positives Signal an unsere Kommunen.

Positiv bewerten wir ebenfalls den Umgang mit unseren Anträgen. Nachdem in den vergangenen Jahren unsere Anträge oft mit lapidaren oder gar keinen Begründungen abgelehnt wurden, hat bei den diesjährigen Beratungen eine ernsthafte und konstruktive Auseinandersetzung stattgefunden, sodass wir in einigen Punkten auch gleichlautende oder gemeinsame Anträge verabschieden konnten.

Auch die von der Koalition vorgelegten Anträge finden wir durch die Bank gut und unterstützenswert. Das hat uns in unserer Meinung bestärkt, dass unsere Beiträge und Anregungen in den Fachausschüssen manchmal nicht unmittelbar, aber zumindest mittelfristig und nachhaltig wirken.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
– Prof. Dr. Jürgen Rolle, SPD: Hört, hört!)

Genauso begrüßen wir die hoffentlich dauerhafte Rückkehr zur Vorlage eines einjährigen Haushalts. Denn nur so ist eine transparente und besser prognostizierbare Haushaltsberatung möglich. Zu welchen Verwicklungen und Ungenauigkeiten es bei Doppelhaushalten kommen kann, haben wir nicht nur beim Nachtragshaushalt 2023, sondern auch bei vielen anderen Doppelhaushalten erfahren.

Zusammengefasst: Trotz unserer Ablehnung des Stellenplans, den wir nach wie vor für das völlig falsche Signal an unsere Mitgliedskommunen halten, trotz des parallel zum Haushalt vorgelegten und aus unserer Sicht nachbesserungswürdigen Klimaschutzkonzepts werden wir dem vorliegenden und politisch veränderten Entwurf für den Haushalt 2024 zustimmen. Wir begreifen dies auch als ein Statement dafür, dass wir in diesen schwierigen Zeiten, in denen unsere Demokratie vielfältigen Attacken und Angriffen ausgesetzt ist, eine Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen nicht nur für sinnvoll und notwendig ansehen, sondern als ein Gebot der Stunde.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Deshalb will ich an dieser Stelle nicht nur meiner Fraktion für die wie immer guten und solidarischen Beratungen sowie der Verwaltung mit der LVR-Direktorin Ulrike Lubek an der Spitze für die konstruktive Unterstützung danken, sondern ich möchte auch allen demokratischen Fraktionen Danke sagen für die fairen Haushaltsberatungen und für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
– Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Abschluss noch ein ganz besonderer Dank: Liebe Renate Hötte, die heutige Haushaltsverabschiedung beim LVR ist die voraussichtlich letzte

für Sie. Meine Fraktion hat Sie damals nicht nur ins Amt gewählt, sondern wir haben auch immer außerordentlich gerne und gut mit Ihnen zusammengearbeitet. Sie waren uns immer eine willkommene Beraterin. Eigentlich würde ich Ihnen jetzt gerne die Ehrenmitgliedschaft in unserem AK Finanzen anbieten.

(Heiterkeit – Frank Boss, CDU: Vorsicht, Vorsicht!)

– Ja, das ist ein etwas ganz Besonderes. Sie können sich gerne davon überzeugen.

(Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, SPD: Vergiftetes Geschenk!)

Aber belassen wir es bei einem ganz herzlichen Dankeschön. Wir, aber nicht nur wir, werden Sie vermissen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Für die FDP bitte ich nun Lars Effertz ans Mikrofon.

Lars O. Effertz, FDP: „Für mich ist das kein Spaß."

(Zurufe: Ui!)

Liebe Frau Präsidentin! Meine verehrte Frau Landesdirektorin! Sehr geehrte Damen und Herren Landesräte und Landesrätinnen! Liebe Gäste vom LWL! Liebe Renate Hötte! Meine Damen und Herren! „Für mich ist das kein Spaß." So eröffnete der SPD-Reichstagsabgeordnete Otto Antrick am 13. Dezember 1902, also genau heute vor 121 Jahren, seine Rede im Reichstag.

Diese Rede aus dem Jahr 1902 ist in die Geschichte eingegangen – nicht wegen des Inhalts, sondern wegen ihrer Länge. Denn Otto Antrick sprach damals acht Stunden lang

(Heiterkeit)

und hielt damit die bis heute längste Rede in einem deutschen Parlament.

(Frank Boss, CDU: Aber jetzt! Gib alles! Bedenke, noch hast du Freunde! – Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, SPD: Ich beantrage erst mal Sitzungsunterbrechung, damit ich mir was zu essen holen kann!)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Das gäbe aber einen Ordnungsruf.

Lars O. Effertz, FDP: Sie sind ja von mir anderes gewohnt, und dabei werde ich bleiben. Also, stellen Sie sich auf 7:55 Stunden weniger ein.

(Heiterkeit)

Und doch stelle ich zu Beginn schon ein paar Gemeinsamkeiten fest. Denn obwohl es mir im Allgemeinen Spaß macht, Haushaltsreden zu halten, finde ich es sehr schade, dass es meine letzte Haushaltrede ist – zu einem von Renate Hötte eingebrachten Haushalt.

(Heiterkeit)

Und auch wenn es heute zu früh ist für Abschiedsreden, Renate, will ich vier nüchterne Zahlen nennen, die vielleicht besser als vieles andere die erfolgreiche Arbeit unter deiner Ägide in der Kämmerei beschreiben: Als du 2008 das Amt übernommen hast, hatte der LVR 607,3 Millionen € Schulden. Heute sind es 308,6 Millionen € Schulden. Der Umlagehebesatz 2008 betrug 15,85 %, heute sind es 15,45 %. Das heißt, die Schulden haben wir halbiert, der Umlagesatz ist stabil, und das in einer Zeit mit Finanzkrise, Pleite der WestLB, Corona, Ukraine-Krieg und anderen schwierigen Herausforderungen, die wir meistern mussten. Ich finde, diese Bilanz kann sich mehr als sehen lassen.

(Beifall von FDP, CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sicher, du hattest im Verwaltungsvorstand und in der Politik nahezu ausnahmslos kompetente Partner an deiner Seite,

(Heiterkeit)

doch ohne dich stünde der LVR heute nicht so gut da, wie er dasteht. Liebe Renate, danke.

(Beifall von FDP, CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Hillringhaus, ich wünsche Ihnen eine ähnlich gute Bilanz am Ende Ihrer Amtszeit.

(Heiterkeit)

Am Anfang Ihrer Amtszeit sage ich Ihnen die volle Unterstützung der FDP-Fraktion zu.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

Der LVR steht 2024 neben den üblichen Herausforderungen – ich nenne beispielhaft die steigenden Kosten der Eingliederungshilfe – vor allem vor der Herausforderung, den demografischen und digitalen Wandel zu gestalten. Wir werden uns in Zukunft noch mehr ins Zeug legen müssen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Wir werden uns in Zukunft noch mehr ins Zeug legen müssen, um die digitale Transformation in der Verwaltung zu schaffen. Und wir werden uns in Zukunft noch mehr ins Zeug legen müssen, um die Künstliche Intelligenz, an ethischen Grundsätzen ausgerichtet, für die uns anvertrauten Menschen sinnvoll zu nutzen.

Denn bei allen Schwierigkeiten liegen hier auch unvorstellbare Chancen. Das Programm „Seeing AI“ zum Beispiel ermöglicht Menschen mit Sehbehinderung das virtuelle Sehen. Gebärdensprachen-Avatare ermöglichen eine barrierefreie Kommunikation für Gehörlose. Mit der assistierenden Maus können Beschäftigte mit Einschränkungen in der Motorik der oberen Gliedmaßen Computer bedienen. Die Funktionen der Maus werden dabei mithilfe einer Brille umgesetzt, die über Bluetooth mit dem Mobiltelefon, Computer, Tablet oder Smart-TV verbunden ist. Das Gerät nimmt über Sensoren minimale Kopfbewegungen wahr, eine KI-basierte Software interpretiert diese Bewegungen und setzt sie in Bewegungen des Cursors des verbundenen Geräts um. So können Menschen mit Behinderung der oberen Gliedmaßen sehr gut in der Verwaltung und grundsätzlich an Computern arbeiten.

Nicht zuletzt können KI-gestützte Exoskelette, Orthesen oder Prothesen körperliche Beeinträchtigungen überwinden.

All das ist keine Science Fiction. All das findet jetzt schon statt. Und da sehe ich unser Digitaldezernat in der Pflicht, als Schnittstelle nach innen wie außen den LVR nach vorne zu bringen. Wir müssen diese Punkte noch viel stärker im LVR verankern. Dazu muss das Dezernat jedoch auch befähigt werden. Ein Schritt dahin wird heute gemacht, und insofern sehe ich den Personalaufbau in diesem Dezernat gar nicht so kritisch.

(Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aber ein bisschen kritisch!)

Doch dann muss auch mehr kommen. Denn am Ende zählt doch das Kind und nicht die Wehen. Das hat meine Frau zu mir gesagt. Ich hätte mir nicht angemaßt, das als Mann zu sagen.

(Heiterkeit)

Aber genau unter diesem Motto hat die FDP-Fraktion auch diesen Haushalt beraten, und mein Dank gilt neben meiner Fraktion den Kolleginnen und Kollegen der Union und der SPD für diese sehr gute, offene und konstruktive Zusammenarbeit über Fraktions- und auch Mehrheitsgrenzen hinweg. Lieber Herr Wörmann, lieber Jürgen, lieber Frank, lieber Thomas, ganz herzlichen Dank für diese gute und offene Zusammenarbeit.

(Beifall von der FDP)

Die FDP stimmt dem Haushalt zu.

(Beifall von FDP, CDU und SPD)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Für die AfD bitte ich Herrn Noe ans Rednerpult.

Yannick Niels Noe, AfD: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste der Landschaftsversammlung! Vorab an Herrn Prof. Rolle zu seinen Angriffen auf unsere Fraktionsgeschäftsführerin: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Pushbacks am 13.02.2020 per Urteil als rechtmäßig bezeichnet und damit sein vorheriges Urteil revidiert. Das nur zu Ihrer Kenntnis.

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie, Herr Prof. Rolle, dann erklären, Sie wollen die Demokratie retten – das wollen wir von der AfD übrigens auch –,

(Beifall von der AfD
– Lachen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

und gleichzeitig ankündigen, die Entscheidung des OVG torpedieren zu wollen, wenn sie nicht in Ihrem Sinne ausfällt, dann entspricht das absolut nicht demokratischen Gepflogenheiten.

Jetzt aber zum Haushalt. Fast 5 Milliarden € – so teuer wird der Haushalt des Landschaftsverbands Rheinland für das kommende Jahr. Während die Kommunen ächzen, sich sogar in Brandbriefen an den LVR wenden und nicht mehr wissen, wie sie ihre Aufgaben bewältigen sollen, lehnen sich die Verantwortlichen im LVR zurück und genehmigen sich einfach mal eine massive Ausgabensteigerung.

Das Haushaltsvolumen des LVR ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Im Vergleich zum Ist-Wert aus dem letzten Jahr haben wir eine Steigerung um fast 10 % erlebt. Was dabei wirklich ins Auge springt, sind die Personalkosten. Von 2022 bis 2024 werden diese um 64 Millionen € steigen. Sie betragen dann 352 Millionen €; das ist eine Steigerung um über 22 %.

Und das hierzu nötige Geld kommt von unseren Kommunen, die schon jetzt nicht mehr ein noch aus wissen. Sie sind mit massiv steigenden Kosten konfrontiert. Und nein, das sind nicht nur die Folgen des Ukrainekriegs oder von Corona, das ist auch die Flüchtlingspolitik unserer Bundesregierung, die auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird.

(Beifall von der AfD – Frank Boss, CDU: Ich hatte darauf gewartet, wann das kommt!)

Gleichzeitig erleben wir einen wirtschaftlichen Stillstand, rutschen weiter in eine Rezession.

In dieser Situation kommt der Landschaftsverband daher und will zur Finanzierung seines „Empire Buildings“ die Landschaftsumlage auf 15,45 % erhöhen.

Und als ob das alles nicht schon schlimm genug wäre, werden in der mittelfristigen Finanzplanung noch höhere Sätze angekündigt. 2025 sollen 16,2 %, in den zwei Jahren danach sogar 16,5 % von den Kommunen eingefordert werden.

Zu Recht laufen die Kommunen Sturm gegen diese Pläne des LVR. Schon Ende September haben über 20 Landkreise und kreisfreie Städte in einem Brandbrief deutlich gemacht, was sie von den Plänen des LVR halten.

(Johannes Bortlisz-Dickhoff, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Die sind jetzt aber zufrieden!)

Während man sich im LVR einiges gönne, gehe es bei den Kommunen zum Teil bereits darum – und ich zitiere hier aus dem Schreiben –, das „Vertretbare zu unternehmen, um exorbitante Steuererhöhungen zu vermeiden, gleichzeitig aber auch ein Abrutschen in die absolute Handlungsunfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise zu verhindern“.

Die Städteregion Aachen hat in einem Schreiben Ende November noch einmal ihr erhebliches Befremden über die Aufwuchspläne des LVR zum Ausdruck gebracht. Das zeigt doch, dass unsere Kommunen – und als deren Vertreter verstehen wir uns doch – schon jetzt ein Abrutschen in die absolute Handlungsunfähigkeit fürchten. Wir, die AfD-Fraktion im LVR, fordern daher, dass im LVR auf der Kostenseite zunächst jeder Stein umgedreht werden muss, bevor man die Kommunen über die Umlage zwingt, noch mehr zu zahlen.

Handlungsspielräume, um Kosten zu sparen, gibt es dabei genug. Ich zeige Ihnen diese gerne auf: Die Personalkosten steigen im LVR unverhältnismäßig. Im Jahr 2024 sollen über 400 neue Stellen geschaffen werden. Noch mal: 400!

(Frank Boss, CDU: 100 Stellen
sind dabei drittmittelfinanziert!)

Das ist nicht nur in der Summe fragwürdig, das ist auch fragwürdig, wenn wir uns die Besoldung dieser Stellen anschauen. Niedrig besoldete Stellen werden zum Teil sogar reduziert, während bei den hochdotierten Stellen fast überall starke Zuwächse geplant sind. Wie oft haben wir in Ausschusssitzungen schon bemängelt, dass zu schnell höhergruppiert wird! Ich kann mich daran erinnern, dass eine solche Eingruppierung auch schon mal zurückgenommen werden musste, weil sie nicht statthaft war.

Aber lassen Sie mich gleich einen zweiten Punkt nennen. Die wirtschaftliche Entwicklung des LVR ist nämlich im Gegensatz zu der der Kommunen tatsächlich rosig. Im Jahr 2022 gab es einen Fehlbetrag von fast 16 Millionen €. Das klingt vielleicht bedenklich, ist es aber nicht, wenn wir uns vor Augen führen, dass die Rücklagen im gleichen Zeitraum um mehr als 58 Millionen € gestiegen sind. Die Pensionsrückstellungen wurden um fast 23 Millionen €, die sonstigen Rücklagen sogar um fast 130 Millionen € erhöht.

Wenn wir dies alles zusammenrechnen und dabei auch noch berücksichtigen, dass es zu einer Entschuldung des LVR in Höhe von fast 29 Millionen € kam, dann hat sich die wirtschaftliche Lage allein im Haushaltsjahr 2022 um etwa 200 Millionen € verbessert.

Wir fassen also zusammen: Erstens. Wir haben einen Personalkostenaufwuchs, der nicht zu rechtfertigen ist.

(Beifall von der AfD)

Zweitens. Wir erhöhen jährlich unsere Rückstellungen in beträchtlichem Ausmaß.

Und drittens. Wir nehmen den klammen Kommunen Geld ab, um unser üppiges Dasein im LVR weiter auszubauen.

Einen Haushalt mit solchen Parametern wird es mit der AfD nicht geben.

(Prof. Dr. Jürgen Rolle, SPD: Prima!)

Wir verstehen uns als Anwalt der Kommunen,

(Zuruf: Da freuen die sich bestimmt!)

wir fordern die dauerhafte Entlastung unserer Kommunen, wir wollen einen soliden Haushalt, und daher stimmen wir für eine Beibehaltung des Umlagesatzes bei 15,3 %. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Ich bitte Frau Basten für die Linken ans Rednerpult.

Lara Basten, DIE LINKE.: Sehr geehrte Frau Henk-Hollstein! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsvorstandes! Liebe Mitglieder der Landschaftsversammlung! Liebe Gäste! Lebendig. Vielseitig. Richtungsweisend. – Es geht aktuell nicht nur um Zahlen und Fakten. Wir müssen auch einen Blick auf die sozialen Aspekte werfen, die unsere Gemeinschaft prägen. Es geht um globale Herausforderungen, ausgelöst durch den Wunsch Einzelner, immer mehr besitzen zu wollen, und durch kriegerische Handlungen. Die Welt verlangt uns einiges ab.

Wir sehen, wie Macht und Einfluss in vielen Teilen der Welt auf Kosten von Menschlichkeit und Solidarität gehen.

Wir erleben eine besorgniserregende Zunahme rechter Orientierungen, die Andersdenkende und Andersaussehende diskriminieren, und hier wird nicht einmal Halt vor Menschen mit Behinderung gemacht.

Doch während wir uns diesen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, müssen wir auch die Handlungsfähigkeit unseres Landschaftsverbandes im Blick behalten. Es freut uns, dass Verbesserungen in Bezug auf nachhaltige und soziale Kriterien in die Anlagerichtlinie geschafft hatten. So konnten wir den ursprünglichen Antrag auch zurückziehen. Es geht schließlich nicht nur darum, finanzielle Gewinne zu maximieren. Wir haben als LVR eine gesamtsoziale Verantwortung.

(Beifall von DIE LINKE.)

Der Fachkräftemangel, den wir täglich erleben, macht auch vor der Verwaltung keinen Halt. Eine angemessene Personalausstattung ist unserer Ansicht nach zwingend notwendig. Nur so können anfallende Aufgaben in einem akzeptablen Zeitrahmen und in der erforderlichen Qualität bewältigt werden. Und ich sage Ihnen ehrlich: Ich spreche da aus eigener Erfahrung, und zwar auf beiden Seiten des Schreibtisches.

Falsch ist es jedoch, mit allen Mitteln Personal aus anderen Behörden abzuziehen, um das Problem hier zu minimieren. Denn das, meine Damen und Herren, ist eine reine Problemverschiebung.

(Beifall von DIE LINKE.)

Maßnahmen, die darauf abzielen, Personal aus anderen Behörden mit ihren zum Teil eigenen Finanzmitteln abzuwerben, können moralisch nicht vertretbar sein.

Wir haben auch nachgefragt: Dieses Vorgehen ist in keiner Weise gängige Praxis in der kommunalen rheinländischen Familie, sondern die Ausnahme.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zum Hauptanliegen unserer Haushaltsrede, dem Umlagesatz. Mit unserem Antrag auf einen Umlagesatz von 15,75 % liegt die LINKE oberhalb der Forderungen der anderen Fraktionen. Auch unsere Fraktion hat die Sorgen und Ängste vor Ort sehr deutlich wahrgenommen.

Die Informationsveranstaltung der kreisangehörigen Kommunen hat mich persönlich tief berührt, und ich finde es schade, dass nur so wenige von Ihnen da waren. Sie haben aber auch im nächsten Jahr die Gelegenheit, sich das noch mal persönlich anzuhören.

Die Bedenken bezüglich des kommenden Haushalts haben mich und natürlich auch meine Fraktion nachdenklich gestimmt. Die Forderung nach einer drastischen Umlagesenkung ist verständlich, besonders mit Blick auf die sich abzeichnende Steuerentwicklung der kommenden Jahre. Doch die Frage ist, ob ein kurzfristiger Erfolg durch eine niedrigere Umlage nicht langfristig zu einem noch größeren Problem führen wird.

Wir müssen die Auswirkungen nüchtern betrachten und uns fragen, ob die Reduzierung der notwendigen Ausgaben realistisch ist. Unsere eigenen Mitgliedskörperschaften erleben explodierende Kosten, insbesondere im Sozialbereich. Warum sollte es beim Landschaftsverband anders sein? Das wird es nicht sein. Daran ändert auch ein noch so gut gemeinter Beschluss zur Umlagehöhe nichts.

Eine solide Finanzpolitik erfordert einen Blick in die Zukunft, der realistisch und verantwortungsbewusst ist.

(Beifall von DIE LINKE.)

Zum Dauerthema „Ausgleichsrücklage“. Natürlich ist es ein Thema, das auch in der Linksfraktion immer wieder diskutiert.

(Guntmar Kipphardt, CDU:
Da sind wir aber froh!)

Meine Damen und Herren, die Rücklage ist im Vergleich zum Gesamthaushalt und insbesondere zu den pflichtigen Sozialleistungen schwindend gering. Ein schneller Einsatz könnte den Landschaftsverband in finanziell instabile Zeiten führen. Daher lehnen wir den geplanten Umfang des Einsatzes ab.

Sind wir alleine mit der Kritik? Nein. Auch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung – Herr Wörmann hat es eben schon gesagt – hat sich in der Vergangenheit mehrfach negativ zur Inanspruchnahme der Rücklage im Rahmen der Haushaltsgenehmigung geäußert.

In der Gesamtbetrachtung scheint uns die Senkung auf 15,75 % angemessen. Es geht um die Balance zwischen finanzieller Anforderung und sozialer Verantwortung. Die Forderungen nach weiteren Senkungen können wir nicht unterstützen. Sie sind unserer Meinung nach nicht mit den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit vereinbar. Daher lehnen wir den heute hier zur Abstimmung stehenden Haushalt mit einem Umlagesatz von 15,45 % ab.

(Beifall von DIE LINKE.)

Die finanziellen Herausforderungen der kommunalen Ebene durch die kontinuierliche Verlagerung neuer Aufgaben von Bund und Land ohne angemessene finanzielle Rücksicherung steigen rasant.

Und dann zur – ich will sie auch genau so nennen – dilettantischen Altschuldenregelung. Zum Glück nur der Entwurf dazu und am Ende das Vertrösten auf 2025 haben niemandem geholfen. Probleme werden durch den Gesetzgeber immer wieder mittels neuer Tricks in die Zukunft verlagert. Aktuelles Beispiel ist das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz. Generationengerechtigkeit sieht anders aus.

Freiwillige Leistungen sind politische und auch moralische Pflichtleistungen einer Gebietskörperschaft gegenüber ihren Bürger*innen. Aber obwohl immer mehr Menschen darauf angewiesen sind, gibt es sie immer weniger. Vielerorts gibt es sie sogar gar nicht mehr. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall von DIE LINKE.)

Abschließend möchte ich dafür appellieren, dass wir als kommunale Familie einen offenen Austausch pflegen. Diskussionen sollten miteinander und nicht übereinander geführt werden.

(Beifall von der AfD)

Hier hat sich insbesondere die Politik in meiner Mitgliedskörperschaft, der StädteRegion Aachen, durchaus nicht mit Ruhm bekleckert.

Die finanziellen Probleme der Kommunen und Kreise sind hauptsächlich durch die stetige Verlagerung neuer Aufgaben durch Bund und Land entstanden, nicht durch den LVR. Die Forderung nach finanzieller Unterstützung und Verständnis für die Situation vor Ort ist berechtigt, verhallt

aber bei den Verursachern. Eine Rücksichtnahme gegenüber der Situation vor Ort ist immer ein wichtiges Gebot, auch für uns als LINKE.

(Beifall von DIE LINKE.)

Wir haben langfristig das Spannungsverhältnis zwischen den Sparmaßnahmen mit dem Ziel der geringen Umlage und der Aufgabenerfüllung zum Zwecke der „Qualität für Menschen“. Bei Letzterem reden wir beileibe nicht von Luxus, sondern vom gesetzlich Gebotenen.

Die Zukunft unserer Gemeinschaft liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung. Lassen Sie uns noch mehr miteinander reden und offen mit Anträgen anderer umgehen, um eine stabile Finanzpolitik und ein gutes Leben für die Menschen im Rheinland zu gewährleisten.

(Beifall von DIE LINKE.)

Ich möchte mich an dieser Stelle persönlich und im Namen meiner Fraktion für die gute Beratung zum Haushalt bei den Beschäftigten aller Dezernate bedanken. Hier bedanke ich mich wegen der besonderen Situation – das ist heute schon mehrfach angeklungen – im Speziellen bei Herrn Soethout, dem Fachbereichsleiter 21, und Frau Kämmerin Renate Hötte.

(Beifall von DIE LINKE.)

Wir haben uns in den bisweilen wirklich turbulenten Zeiten immer in sicheren Händen gefühlt. Vielen Dank dafür.

(Beifall von DIE LINKE.)

Und da das bei Ihnen, Frau Hötte, im Haushalt nie fehlen durfte, möchte auch ich Ihnen ein Zitat mit auf den Weg geben und mich mit den Worten von Marie von Ebner-Eschenbach ganz persönlich bedanken: „Tue deine Pflicht so lange, bis sie deine Freude wird.“

Lebendig. Vielseitig. Richtungsweisend. – LVR. Ja, das ist der Landschaftsverband. Und wenn wir uns bemühen, werden auch wir als Politik mit den richtigen Entscheidungen weiter hierzu beitragen – wenn wir finanziell handlungsfähig bleiben. Arbeiten wir gemeinsam daran! – Vielen Dank.

(Beifall von DIE LINKE.)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Für die FREIEN WÄHLER hat nun Herr Rehse das Wort.

Henning Rehse, FREIE WÄHLER: Sehr geehrte Frau Vorsitzende Henk-Hollstein! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Frau Kämmerin Hötte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit den eigentlichen Ausführungen zum Haushalt beginne, ist es mir nicht nur für meine Fraktion, sondern auch persönlich ein Anliegen, der Kämmerin, dir, liebe Renate, für eine jahrelange hervorragende Zusammenarbeit, die stets von Sachkompetenz, Ehrlichkeit und Offenheit und gegenseitigem Respekt geprägt war, und auch das persönlich-freundschaftliche Verhältnis zu danken. Wir hatten bei dir nie das Gefühl, als kleine Fraktion anders behandelt zu werden als die größeren Player hier im Hause.

(Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, SPD:
Das werden wir uns merken!)

Wir fühlten uns von dir und deinem Team – und an dieser Stelle sei auch ganz herzlich Herrn Soethout gedankt – stets fair behandelt und gut informiert. Wir wünschen dir für deinen im nächsten Jahr beginnenden Lebensabschnitt alles Gute, vor allem Gesundheit, denn ohne die ist alles andere nichts. Ich sage nochmals Danke für alles.

Ich nehme das Ergebnis der Beratungen meiner Fraktion meinen weiteren Ausführungen vorweg: Die FREIEN WÄHLER werden dem Haushalt, seinen Anlagen und dem Stellenplan sowie dem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP auf Senkung der Landschaftsverbandsumlage um 0,5 Prozentpunkte auf nunmehr 15,45 %, den wir sicherlich mit gestellt hätten, guten Gewissens zustimmen.

Der letztgenannte Antrag bildet hinsichtlich der Umlagefestsetzung, bildet hinsichtlich finanzpolitscher Seriosität und Rücksichtnahme auf die kommunale Familie das ab, was derzeit machbar, geboten und sinnvoll ist. Die Spirale der stets steigenden Ausgaben, Fälle, Stellen und damit verbunden der von den Gebietskörperschaften zu erbringenden Zahlbeträge ist nach wie vor ungebrochen, was aber nicht durch unwirtschaftliches Agieren des LVR oder überzogene Forderungen der Politik verursacht ist.

Die Steigung der Spirale begründet sich, wie bereits vor zwei Jahren ausgeführt, ausschließlich

im Ansteigen der Kosten im sozialen Bereich, der mittlerweile über 90 % des Haushalts des LVR ausmacht. Insofern ist es müßig, sich politisch über irgendwelche Petitessen im Haushalt zu streiten. Die strategischen Big Points für die Ausrichtung und Leistungsfähigkeit des LVR, aber auch dessen Finanzierbarkeit werden in diesem Bereich gemacht.

Ich möchte im Folgenden einige Bereiche ansprechen, die aus Sicht der FREIEN WÄHLER zumindest den Anstieg der Spirale reduzieren könnten.

Wir begleiten und verfolgen die Arbeit des Dezernates Digitales und Mobilität mit großem Interesse, aber auch Freude über die uns durch Herrn Janich und sein Team aufgezeigten Perspektiven. Wir sind gespannt, welche Erkenntnisse die IT-Optimierung und damit verbunden auch die Digitalisierungsrendite mit ihren drei Säulen Entmietung, Standardisierung der Hard- und Software sowie des Personalbedarfs mittel- und langfristig quantitativ bringen.

Beim Thema „Mobilität“ haben wir die Erwartung, dass sich die Mobilität an der Lebensrealität der Menschen, ihren Wünschen und auch mit Augenmaß an der Machbar- und Finanzierbarkeit orientiert und die Menschen eben nicht aus ideologischen Gründen gegen ihren Willen wie auch immer gewendet werden.

Wir unterstützen Dirk Lewandrowski bei seiner Sisyphusarbeit, diesen Bereich wie und wo auch immer möglich zu strukturieren und zu optimieren, ohne dass dies zulasten der betroffenen Leistungsempfänger geht. Wir unterstützen insbesondere seine Initiativen zur Schaffung bzw. Verbesserung der Kostentransparenz und zur Abschaffung von Fallpauschalen.

CDU und SPD haben einen sinnvollen Antrag zur Prüfung einer Anpassung der Förderrichtlinie für die inklusive Bauprojektförderung des LVR gestellt. Wir freuen uns, dass unser im Sozialausschuss vorgetragener Ergänzungsvorschlag hinsichtlich der Förderung von ebenerdigen Abstellflächen im Zuge der Barrierefreiheit von der Verwaltung positiv aufgenommen wurde.

Bei einem Thema erlauben wir uns allerdings auch, vorsichtig Kritik zu üben. Die Zahlen- und Finanzakrobatik hinsichtlich des Zusammenhangs von Stellen, dem Zeitpunkt der entstehenden Kosten und daraus folgend im Haushalt einzustellenden Mittel hat nicht nur meine Fraktion zeitweise an den Rand der Verzweiflung gebracht. Die grobschnittartige Botschaft zu Beginn des Benehmensverfahrens: „Der LVR schafft 400 neue Stellen à 100.000 € zum Gesamtpreis von 40 Millionen €“ war dann doch zunächst etwas unverdaulich.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Limbach dafür, wie er uns dieses Mysterium in unserer Klausurtagung mit einer didaktisch und pädagogisch genialen Vermittlung erklären konnte,

(Heiterkeit – Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, SPD: Das war wahrscheinlich notwendig bei euch!)

sodass wir dem Stellenplan heute auch mit gutem Gewissen zustimmen können. Als einziges Geschmäckle sind bei uns die ca. 200 Stellen Zahlungsmöglichkeiten – das sind 5 % aller Stellen in der Zentralverwaltung – geblieben. Hier würden wir uns wünschen, dass diese im Interesse von Klarheit und Wahrheit zukünftig schneller dem Stellenplan zugeführt würden.

Die FREIEN WÄHLER stimmen hinsichtlich der Sachanträge so ab wie im Finanzausschuss und stimmen – wie bereits ausgeführt – dem Hausaushalt, seinen Anlagen und dem Stellenplan 2024 zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen gesegnete Weihnachten und einen guten und vor allem gesunden Rutsch ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund! – Danke.

(Beifall von FREIE WÄHLER)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Für die FRAKTION spricht nun Herr von Kruedener.

Alexander Baron von Kruedener, Die FRAKTION: Ich werde mich kurzfassen. Ich habe weder das Bedürfnis, Nazis klar als Nazis zu benennen – das wissen sie selbst, und darauf sind sie stolz –, noch werde ich jetzt die Bibel zitieren.

Sehr geehrter Frau Vorsitzende Henk-Hollstein! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Meine geschätzten Herren Landesräte, meine verehrten Landesrätinnen! Liebe Frau Kämmerin Renate Hötte! Meine Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

(Beifall von Die FRAKTION)

In Vorbereitung auf meine diesjährige Haushaltsrede stieß ich auf ein Zitat von Matthias Claudius. Claudius berichtet darin von einem Gespräch mit seinem Vater, und dieser wiederum gibt ihm einen Rat. Dieser Rat soll Motto meiner Haushaltsrede sein. Er lautet: Du musst immer alles wissen, was du sagst, du darfst aber niemals alles sagen, was du weißt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Die FRAKTION stimmt diesem Haushalt nicht zu. – Vielen Dank.

Déjà-vus sind rein zufälliger Natur

(Beifall von Die FRAKTION – Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, SPD: So leicht kann man es sich auch machen! Das ist aber nicht lustig! Das ist nicht witzig! – Frank Boss, CDU: War das jetzt ein Ergänzungsantrag?)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das waren die Haushaltsreden der Fraktionen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich habe eine Bitte. Josef Wörmann, können Sie bitte Ihr Mikrofon ausschalten?

(Thomas Böll, SPD: Dafür gibt es doch die Beisitzer! – Heiterkeit)

– Es ist ein bisschen eng, um nicht zu sagen kuschelig. Das hatten wir heute schon einmal, lieber Herr Böll. Die kommen hier nicht so schnell raus.

Tagesordnungspunkt 7.1:

Benehmensherstellung zur Festsetzung des Umlagesatzes für das Haushaltsjahr 2024; Stellungnahmen der Mitgliedskörperschaften zum Haushalt 2024; Beschluss über die Einwendungen der Mitgliedskörperschaften

– Vorlage Nr. 15/2059/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage Nr. 15/2059/1 beraten und getrennt über Ziffer 3 des Beschlussvorschlages abgestimmt.

Der Landschaftsausschuss hat mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und AfD die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages mehrheitlich und im Übrigen einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 15/2059/1 zu beschließen.

Gibt es hierzu noch Wortmeldungen? – Herr Klemm.

Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Getrennte Abstimmung, bitte.

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Getrennte Abstimmung heißt wie im LA, also zunächst über Position 3 und dann über alle anderen?

Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Genau.

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich zunächst die Ziffer 3 auf und bitte um die Gegenstimmen zu Ziffer 3. – Das ist die Fraktion Die FRAKTION, das ist die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, und das ist die AfD-Fraktion.

(Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, SPD: Eine neue Koalition! – Gegenruf von Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Man kann sich gegen manches nicht wehren!)

Gibt es Enthaltungen zur Ziffer 3? – Ich sehe keine Enthaltungen. Dann haben wir Ziffer 3 dieses Beschlussvorschlags zugestimmt.

Ich lasse nun über die Ziffern 1 und 2 sowie 4 bis 6 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Die FRAKTION. Enthaltungen? – Dann haben wir auch diese fünf Punkte mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7.2:

Sachanträge zum Haushalt

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung – wir wissen es langsam alle – am 7. Dezember 2023 die Haushaltsanträge beraten.

Die Verwaltung hat Ihnen eine Liste mit den Beratungsergebnissen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sowie des Landschaftsausschusses zur Verfügung gestellt.

Ich schlage vor, in der heutigen Sitzung der Landschaftsversammlung wie in der Sitzung des Landschaftsausschusses auf eine Einzelabstimmung über die Anträge zum Haushalt zu verzichten und auf Basis der Beratungsergebnisse des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sowie des Landschaftsausschusses en bloc über die Anträge zu beschließen.

Gibt es hierzu Widerspruch? – Nein.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr von Kruedener.

(Alexander Baron von Kruedener, Die FRAKTION: Wir sind im LA nicht stimmberechtigt! Also für uns wie im Finanzausschuss!)

– Es sind ja beide Gremien aufgerufen, und in beiden wurde ja nicht konträr abgestimmt. Sie haben hier Stimmrecht, und insofern werde ich entsprechend aufrufen, und damit haben Sie auch die Chance, hier mitzustimmen.

(Prof. Dr. Jürgen Rolle, SPD: Oder es sein zu lassen!)

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Daraus schließe ich, dass wir en bloc über die Ihnen vorliegende Liste abstimmen können.

Ich komme nun zur Gesamtabstimmung über die Anträge entsprechend der Ihnen vorliegenden Liste.

Für Zustimmung zu diesen Haushaltsanträgen gemäß den Empfehlungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Landschaftsausschusses bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Das sind die FRAKTION, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, FDP, FREIE WÄHLER, AfD und die LINKE. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es Gegenstimmen? – Dann ist das einstimmig.

Herr Rehse.

Henning Rehse, FREIE WÄHLER: Frau Vorsitzende, das, was eben der Kollege von Die FRAKTION gesagt hat, gilt auch für uns. Wir haben jetzt durch unser Handzeichen allen Listen zugestimmt, aber ich hatte in meinen Ausführungen gesagt, wir stimmen hier jetzt so ab wie im Finanzausschuss.

(Zurufe: Ja! Das haben wir ja!)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Ja, ich habe in meinen Ausführungen doch ganz klar gesagt – und so eindeutig steht es auch in meinem Leitfaden –, dass wir hier auf der Basis der Beratungsergebnisse des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sowie des Landschaftsausschusses über die Anträge beschließen. Es gab da keinen Dissens.

Henning Rehse, FREIE WÄHLER: Ich wollte darauf hinweisen, dass die eine oder Fraktion nicht allen Anträgen im Finanzausschuss zugestimmt hat.

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Ja, aber dafür gibt es die Liste, und das, was wir gerade miteinander beschlossen haben, ist jetzt auch rechtsgültig, und die Verwaltung wird entsprechend handeln.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 7.3:

Haushalt 2024 – Umlagesatz

Meine Damen und Herren, über die einzelnen Anträge zu den Umlagesätzen werde ich einzeln abstimmen lassen.

Ich rufe zunächst auf:

Tagesordnungspunkt 7.3.1:

Landschaftsumlage, jetzt nur 14,99 %

– Antrag Nr. 15/170
Die FRAKTION –

Ihnen liegt der Antrag Nr. 15/170 der Fraktion Die FRAKTION zum Thema „Umlagesatz“ vor.

Meine Damen und Herren, der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 den Antrag Nr. 15/170 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimme der AfD abgelehnt.

Gibt es hierzu jetzt noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer stimmt dem Antrag Nr. 15/170 der Fraktion Die FRAKTION zu? – Das sind die FRAKTION und die AfD.

(Frank Boss, CDU: Ui!)

Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann haben wir den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 7.3.2:

Beibehaltung der Landschaftsumlage

– Antrag Nr. 15/117 der AfD-Fraktion –

Ihnen liegt der Antrag Nr. 15/117 der AfD-Fraktion zum Thema „Umlagesatz“ vor.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 den Antrag Nr. 15/117 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimme der AfD abgelehnt.

Gibt es hierzu jetzt noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt dem Antrag der AfD zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann haben wir diesen Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 7.3.3:

Festsetzung Umlage 2024

– Antrag Nr. 15/124
CDU, SPD und FDP –

Ihnen liegt der Antrag Nr. 15/124 der Fraktionen CDU, SPD und FDP zum Thema „Umlagesatz“ vor.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 den Antrag Nr. 15/124 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von AfD und DIE LINKE. beschlossen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse positiv darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die CDU, die FDP, die FREIEN WÄHLER. Gibt es Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Das sind die LINKEN, die FRAKTION und die AfD.

Damit haben wir diesen Antrag mehrheitlich beschlossen, und damit gilt für das nächste Jahr der Umlagesatz von 15,45 %.

Tagesordnungspunkt 7.3.4:

Senkung der Landschaftsumlage auf 15,75 %

– Antrag Nr. 15/165 DIE LINKE. –

– erledigt –

Tagesordnungspunkt 7.4:

Haushaltssatzung des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Jahr 2024

– Vorlage Nr. 15/2031 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von AfD und DIE LINKE. empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 15/2031 zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse auch hier positiv darüber abstimmen. Wenn Sie für die Vorlage, also die Haushaltssatzung einschließlich aller Anlagen für das Haushaltsjahr 2024, sind, bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. Wer stimmt also zu? – Das sind die Kollegen der GRÜNEN, die SPD, die CDU, die FDP und die FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Gegenstimmen! – Das sind die LINKEN, das ist die FRAKTION, und das ist die AfD-Fraktion. Somit ist der Haushaltssatzung mehrheitlich zugestimmt worden.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 7.5:

Wirtschaftsplanentwürfe 2024

Und als Erstes rufe ich auf

Tagesordnungspunkt 7.5.1:

Wirtschaftsplanentwurf 2024 von LVR-InfoKom

– Vorlage Nr. 15/2058 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 15/2058 zu beschließen.

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7.5.2:

**Wirtschaftsplanentwurf 2024
der LVR-Jugendhilfe Rheinland**

– Vorlage Nr. 15/1824/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 15/1824/1 zu beschließen.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7.5.3:

Wirtschaftsplanentwurf 2024 sowie Veränderungsnachweise zu den Wirtschaftsplanentwürfen 2024 des LVR-Klinikverbundes

– Vorlage Nr. 15/1947 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 15/1947 zu beschließen.

Sind Wortmeldungen gewünscht? – Nein.

Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7.5.4:

**Wirtschaftsplanentwurf 2024
des LVR-Verbundes HPH**

– Vorlage Nr. 15/2086 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2023 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 15/2086 zu beschließen.

Wortmeldungen? – Ich sehe keine.

Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Damit haben wir dieses große Paket miteinander abgearbeitet, und ich danke Ihnen für diese konzentrierte Arbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt 8:

Ehrung langjähriger Mitglieder der Landschaftsversammlung Rheinland

Wir haben zwei langjährige Mitglieder der Landschaftsversammlung zu ehren, und ich möchte zunächst **Martina Zsack-Möllmann**

(Beifall von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

zu mir hier vorne ans Pult bitten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Zsack-Möllmann, ich habe die Ehre und die Freude, Sie für 15 Jahre Mitgliedschaft in der Landschaftsversammlung Rheinland zu ehren.

Martina Zsack-Möllmann gehört der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an – aber da erzähle ich Ihnen sicherlich nichts Neues –, und das für die Stadt Solingen. Sie war sachkundige Bürgerin von 2004 bis 2008, ordentliches Mitglied in der Landschaftsversammlung ist sie seit 2008. Seit 2014 ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende, und ihr politischer Schwerpunkt beim LVR liegt auf Gesundheit und Soziales. Seit 2014 ist sie Vorsitzende des Sozialausschusses und natürlich Sprecherin in einem Krankenhausausschuss für ihre Fraktion.

In der 15. Landschaftsversammlung, die 2021 begann, arbeitet sie aktiv in den Gremien als ordentliches Mitglied der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses, des Sozialausschusses, des Krankenhausausschusses 2 und der Kommission Gleichstellung mit.

Die stellvertretenden Mitgliedschaften lasse ich jetzt mal weg.

Und wie das bei den Frauen oft so ist, ist sie auch sozial sehr engagiert.

(Thomas Böll, SPD:
Was soll das denn?)

Seit 2007 sind Sie Geschäftsführerin des Vereins Frauenhaus Solingen e. V., der sich insbesondere dem Einsatz für von Gewalt und Misshandlungen betroffene Frauen und Kinder.

(Allgemeiner Beifall)

Dafür darf ich Sie ehren und Ihnen weiterhin viel Gesundheit wünschen. Bleiben Sie unseren Gremien hier noch lange erhalten. Alles Gute!

Martina Zsack-Möllmann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

(Allgemeiner Beifall – Vorsitzende Anne Henk-Hollstein überreicht Martina Zsack-Möllmann, Grüne, ein Präsent.)

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Meine Damen und Herren, jetzt kommt quasi ein Urgestein. Für 25 Jahre darf ich **Hans-Jürgen Zierus** ehren und zu mir nach vorne bitten.

(Allgemeiner Beifall – Frank Boss, CDU: Er kann auch mit dem Rad kommen! Wo ist er denn?)

Lieber Herr Zierus, seit – man kann das eigentlich kaum glauben – über 50 Jahren sind Sie kommunalpolitisch aktiv.

(Allgemeiner Beifall)

Sie haben zwischendurch mal ein bisschen die Partei gewechselt.

(Frank Boss, CDU: Ist ja auch eine lange Zeit!)

Denn seit 2008 sind Sie Mitglied der LINKEN. Zuvor waren Sie über 40 Jahre Mitglied in der SPD-Fraktion.

(Thomas Böll, SPD: Das waren noch Zeiten!)

Sie haben der SPD-Fraktion von der 8. bis zu 10. Wahlperiode angehört – das war von 1984 bis 1999 –, und seit 2009, also seit der 13. Wahlperiode, gehören Sie der Fraktion DIE LINKE. an, und das für die Mitgliedskörperschaft Stadt Essen.

Ordentliches Mitglied waren Sie von 1984 bis 1999 und sind es wieder ab 2013 hier in unseren Gremien. Sachkundiger Bürger waren Sie von 2010 bis 2013. Von 2014 bis 2018 waren Sie stellvertretender Fraktionsvorsitzender, seit 2018 sind Sie neben Frau Detjen gleichberechtigt Fraktionsvorsitzender in der Doppelspitze. Schwerpunkt Ihres politischen Engagements hier in unserem Verband war zunächst der Bau- und Rechnungsprüfungsausschuss, später war es der Bereich – und daher kenne ich Sie, weil ich Sie bei vielen kulturellen Veranstaltungen begrüßen durfte – Kultur, Soziales und Personal.

Sie sind ordentliches Mitglied in der 15. Landschaftsversammlung, im Krankenhausausschuss 4, im Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung sowie in der Kommission Rheinlandtaler Kultur.

Seit zwölf Jahren befinden Sie sich im Unruhestand. Davor waren Sie bei Remondis in Düsseldorf, und dort haben Sie natürlich auch dem Betriebsrat angehört und waren Sprecher des Wirtschaftsausschusses. Aktiv sind Sie darüber hinaus in der Bezirksvertretung Essen-Steele. Und Sie sind leidenschaftlicher Radsportler. Bei wie vielen Veranstaltungen haben wir Sie mit dem Fahrrad kommen und wieder abfahren sehen!

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch zu 25 Jahren Mitgliedschaft in der Landschaftsversammlung. Bleiben Sie gesund und uns wohl gesinnt.

(Allgemeiner Beifall – Vorsitzende Anne Henk-Hollstein überreicht Hans-Jürgen Zierus, DIE LINKE., ein Präsent.)

Hans-Jürgen Zierus, DIE LINKE.: Liebe Frau Henk-Hollstein, liebe Anwesende, vielen Dank, dass ihr mich so lange ertragen habt. Es war für mich ein Gewinn, so lange bei euch dabei zu sein. Ich denke, es hat sich in diesen vielen Jahren gelohnt, für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit einzutreten.

Glück auf für die nächsten 25 Jahre!

(Allgemeiner Beifall)

Tagesordnungspunkt 9:

Fragen und Anfragen

Vorsitzende Anne Henk-Hollstein: Mir liegen keine Fragen oder Anfragen vor.

Tagesordnungspunkt 10:

Verschiedenes

Gibt es unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann bleibt mir nur noch, Ihnen an dieser Stelle für das abgelaufene Jahr zu denken. Ich danke Ihnen für die kollegiale Zusammenarbeit, für die

Unterstützung bei all unseren Veranstaltungen, die wir in diesem Jahr durchgeführt haben.

Ich wünsche mir für das kommende Jahr reichlich Präsenz bei unseren Veranstaltungen, bei den Verleihungen, bei den Ehrungen, aber auch bei „1000 Jahre Abtei Brauweiler“. Es gibt ein großes Programm an Veranstaltungen, und ich denke, die Landesdirektorin, die Verwaltungsbank und ich und meine Stellvertreter, die ich ausdrücklich in diesen Dank mit einschließen möchte, würden uns wirklich freuen, Sie auch im nächsten Jahr bei einigen dieser Veranstaltungen begrüßen zu können.

Ich wünsche uns allen noch schöne Adventstage und ein friedliches Weihnachtsfest. Ihnen alles Gute und einen guten Start ins neue Jahr.

(Allgemeiner Beifall)

(Schluss der Sitzung: 12:29 Uhr)